

Max Preglau

“Sound of Music” in falscher Tonlage? Rechtspopulismus und rechte Wende in Österreich und ihre Resonanz in Politik und Gesellschaft der USA.

Forschungsbericht an die Joseph A. Schumpeter Gesellschaft

| Inhaltsverzeichnis | Seite |
|---|--------------|
| 1. In falscher Tonlage? - Auswirkungen der Regierungsbeteiligung der FPÖ auf die bilateralen Beziehungen zwischen den USA und Österreich. Fragestellung und Forschungsansatz | 3 |
| 2. Ausgangslage: Die FPÖ, ihre Regierungsbeteiligung im Jahr 2000 und die Reaktionen in Europa und Israel | 7 |
| Die FPÖ | 7 |
| 2.1.1. Abriss der Parteigeschichte | 7 |
| 2.1.2. Politische Rhetorik | 9 |
| 2.1.3. Parteiprogrammatik | 10 |
| 2.1.4. Interaktionsformen und Führungsstil | 11 |
| 2.1.5. Die Freiheitlichen nach ihrer Spaltung in FPÖ und BZÖ | 12 |
| Die ÖVP-FPÖ Wendekoalition | 16 |
| 2.2.1 Koalitionsbildung und ihre Konsequenzen in Europa | 16 |
| 2.2.2. Regierungspolitik der Wendekoalition | 18 |
| 2.2.3 Die „Wendekoalition“ – eine Zwischenbilanz | 24 |
| 3. Nicht unter Quarantäne, aber mittelfristig „unter Beobachtung“ – US-amerikanische Reaktionen auf die Regierungsbeteiligung der FPÖ und österreichische Gegenstrategien | 27 |

| | |
|--|-----------|
| 3.1. Die “Vorderbühne“ der offiziellen Außenpolitik | 27 |
| 3.2. Die politische “Hinterbühne” und Bühnen parallel zur Politik: Interessengruppe – Wirtschaft und Tourismus – Bildung, Wissenschaft und Kultur | 45 |
| 3.3. Massenmedien und öffentliche Meinung | 54 |
| 4. Die Krise und ihre Überwindung – Zusammenfassung und kritische Bewertung | 56 |
| Anhang 1: Leitfaden/ Washington DC | 59 |
| Anhang 2: Leitfaden/ New York | 60 |
| Literatur und Quellen | 61 |

1. In falscher Tonlage? - Auswirkungen der Regierungsbeteiligung der FPÖ auf die bilateralen Beziehungen zwischen den USA und Österreich.

Fragestellung und Forschungsansatz

Die vorliegende Studie untersucht die Konsequenzen der Beteiligung der rechten österreichischen Freiheitlichen Partei (FPÖ) an einer von Wolfgang Schüssel von der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) geführten Regierung auf die bilateralen Beziehungen zwischen den USA und Österreich. Ich beginne mit einer Skizze der politischen Ausgangslage: Geschichte, politische Kommunikation, Programm und Organisations- und Interaktionsformen der FPÖ, Programm und Politik der ÖVP-FPÖ-Regierungskoalition sowie die Reaktionen der anderen 14 EU-Staaten und Israels auf die Regierungsbildung (Kapitel 2).

Dann wende ich mich den Auswirkungen der Regierungsbildung auf die bilateralen Beziehungen zwischen USA und Österreich zu. Dabei lasse ich mich von folgender, von C. Offe und J. Habermas (1985) inspirierten Vorstellung leiten, dass innergesellschaftliche Willensbildung und Entscheidungsprozesse auf interdependenten Arenen bzw. Bühnen ablaufen, die auf verschiedenen Ebenen angesiedelt sind:

„In der ersten (Arena) bringen ... politische Eliten innerhalb des Staatsapparates ihre Entscheidungen zustande. Darunter liegt eine zweite Arena, in der eine Vielzahl anonymer Gruppen und kollektiver Akteure aufeinander einwirken, Koalitionen eingehen, den Zugang zu Produktions- und Kommunikationsmitteln kontrollieren und ... durch ihre soziale Macht den Spielraum für die Thematisierung und Entscheidung politischer Fragen vorgängig festlegen. Darunter schließlich befindet sich ein dritte Arena, in der schwer greifbare Kommunikationsströme die Gestalt der politischen Kultur bestimmen und mit Hilfe von Realitätsdefinitionen um ... kulturelle Hegemonie ... wetteifern“ (Habermas 1985: 159).

Auch Entscheidungen über die Beziehungen zwischen Gesellschaften fallen nicht nur auf der „Vorderbühne“ der offiziellen Außenpolitik. Im Gegenteil – Vorgänge auf dieser politischen Vorderbühne sind eingebettet in und abhängig von Vorgängen auf einer politischen „Hinterbühne“ von Aktivitäten gesellschaftlicher Interessengruppen.

Beziehungen zwischen Gesellschaften spielen sich aber auch auf verschiedenen anderen Bühnen parallel zur Politik ab: als ökonomischer, technischer, wissenschaftlicher und kultureller Austausch sowie als direkte soziale Interaktion (Studien- und Forschungsaufenthalte, wissenschaftliche Tagungen, Auslandsauftritte von KünstlerInnen und Tourismus).

Diese Vorgänge auf diesen verschiedenen gesellschaftlichen Bühnen stehen ihrerseits in Wechselwirkung mit einer - durch die Berichterstattung der Massenmedien vermittelten - öffentlichen Meinung.

Das Problem, das hier untersucht werden soll, kann in mehrere Forschungsfragen heruntergebrochen werden, die im Folgenden aufgelistet sind:

1. Wie wurde die Bildung der ÖVP-FPÖ Koalition im Jahr 2000 von den amerikanischen Eliten in Politik (Regierung, Parlamentsfraktionen), Gesellschaft (Politische Vereinigungen, NGOs), Wirtschaft, Wissenschaft/Bildung und Kunst aufgenommen?

- Gab es symbolische Reaktionen: Stellungnahmen oder Proteste in der Öffentlichkeit, Anfragen und Proteste bei Botschaft und Konsulaten?
- Wurden effektive Maßnahmen auf der Ebene der bilateralen Beziehungen gesetzt (politische „Sanktionen“, Einschränkung von Geschäftsbeziehungen und Stornos im Reiseverkehr, Absage von wissenschaftlichen und kulturellen Veranstaltungen bzw. der individuellen Teilnahme daran, Einschränkungen im SchülerInnen- und StudentInnenaustausch)? Wie lange dauerten diese Reaktionen an?
- Welche Maßnahmen oder Ereignisse in Österreich haben zur Normalisierung beigetragen oder diese verzögert? Welche Rolle haben in diesem Zusammenhang demokratiepolitische Aspekte der Regierung, Fremden- und Minderheitenpolitik oder Haiders Initiativen im Zusammenhang mit der Irak-Krise einerseits, die „Charmeoffensive“ von Bundespräsident und Außenministerin sowie die Politik der Entschädigung für NS-ZwangsarbeiterInnen und der Restitution jüdischen Vermögens auf der anderen Seite gespielt? Welche anderen Maßnahmen oder Ereignisse welcher Akteure waren in diesem Zusammenhang besonders bedeutsam?
- Welche Rolle haben bei der Normalisierung der Beziehungen internationale Faktoren wie die Aufhebung der EU „Sanktionen“ und die Normalisierung der Beziehungen mit Israel oder das Bemühen um eine „Allianz gegen den Terror“ gespielt? Gab es andere internationale Faktoren, die für die Normalisierung bedeutsam waren?

2. Hat der Regierungswechsel in den USA von Clinton zu Bush auf die Beurteilung der Regierung in Österreich und auf die bilateralen politischen Beziehungen zwischen USA und Österreich eine signifikante Auswirkung gehabt?

3. Wie wurden die Ergebnisse der Wahlen im Jahr 2002 und die Neuauflage der ÖVP-FPÖ Koalition oder die Abwahl der „Wendekoalition“ im Jahr 2006 in den USA aufgenommen? Haben diese in vergleichbarer Weise die Aufmerksamkeit der amerikanischen Eliten erregt? Wie wurden diese Ereignisse aufgenommen und welche Reaktionen haben sie hervorgerufen?

4. Wie hat die U.S.-amerikanische (Medien-)Öffentlichkeit auf diese Vorgänge in Politik und Gesellschaft reagiert?

Die relevanten Daten werden in Archiven von Regierungsorganisationen (U.S. State Department bzw. Österreichisches Außenministerium, Österreichische Botschaft) und Nichtregierungsorganisationen (jüdische Organisationen in den USA, österreichische Außenhandels- und Tourismusvertretung) sowie aus der Berichterstattung relevanter Medien erhoben. Die Daten werden unter Verwendung der Methode der Inhaltsanalyse (vgl. Mayring 2000) systematisch analysiert und durch Interviews mit ExpertInnen (vgl. Bogner 2002) aus den genannten Organisationen ergänzt.

In den Augen zahlreicher BeobachterInnen und auch aus meiner Sicht sind die Regierungsbeteiligung einer politisch weit rechts positionierten, „rechtsextremen“ Partei und der internationale Umgang mit diesem Phänomen moralisch relevante Fragen. Die vorliegende Analyse wird daher nicht nur eine deskriptive, sondern auch eine kritisch normative sein. Die normativen Maßstäbe dieser Kritik sind nachstehend spezifiziert:

Unter „rechtsextrem“ soll hier im Anschluss an Holzer (1994) ein politisch-ideologisches Syndrom von Vorstellungen und Verhaltensweisen verstanden werden, das sich aus folgenden Merkmalen zusammensetzt:

- das Volk als „natürliche“ Grundlage sozialer Gemeinschaftsbildung;
- Postulat der „natürlichen“ Ungleichheit aller Menschen;
- Unterordnung des Individuums unter die Gemeinschaft;
- Hierarchie und Patriarchat als „natürliche“ Ordnungsprinzipien, gegen Gleichheitsbestrebungen, (Frauen-) Emanzipation und freie Wahl der Lebensformen;
- für Führertum und autoritären Staat, Gegnerschaft zu liberaler Demokratie und Gewaltenteilung, Rechtfertigung und Verherrlichung von Gewalt;
- ethnisch-völkischer Nationalismus und Ablehnung von Fremden (AusländerInnen, Minderheiten, DissidentInnen);
- Tendenz zur Konstruktion von Verschwörungstheorien und zur Sündenbockprojektion;
- nationalistisches Geschichtsbild; in der Variante des Neonazismus: Glorifizierung des NS-Staats, Geschichtsrevisionismus;
- gewaltsamer politischer Stil von der Sprachgewalt bis zur physischen Gewalt.

Das „extreme“ am Rechtsextremismus ist dabei aber m.E. nicht quantitativ bestimmbar - als Positionierung am äußersten rechten Pol eines linearen Links-Rechts-Spektrums. Das Extreme ist der „*qualitative Sprung*“ *zum Bruch mit den Prinzipien der Menschenrechte und der liberalen Demokratie, die die individuelle Selbstbestimmung, den gesellschaftlichen und kulturellen Pluralismus und den demokratischen Wettbewerb zwischen Links und Rechts überhaupt erst möglich machen und insofern universale Geltung für sich in Anspruch nehmen* (Habermas 1992). Weil es hier um die Fundamente von Rechtsstaat, Demokratie und humaner Gesellschaft geht, ist die Bezeichnung einer derartigen politischen Entwicklung als „Rechtsruck“ (Heide Schmidt, Spitzenkandidatin des Liberalen Forums im Wahlkampf 1999) eigentlich irreführend und verharmlosend.

2. Ausgangslage: Die FPÖ, ihre Regierungsbeteiligung im Jahr 2000 und die Reaktionen in Europa und Israel

In diesem Kapitel soll die politische Ausgangslage dargestellt werden, in deren Rahmen sich die Dynamik der bilateralen Beziehungen zwischen USA und Österreich seit dem Februar 2000 entfaltet hat: die „Natur der FPÖ“ (Abschnitt 1.1.) und ihre Beteiligung an der von W. Schüssel (ÖVP) geführten Regierung sowie die Regierungspolitik der ÖVP-FPÖ-Koalition (Abschnitt 1.2.).

Die FPÖ

2.1.1. Abriss der Parteigeschichte

Die FPÖ ist traditionell die Partei des dritten, „national-liberalen“, in den 20er- und 30er-Jahren des 20. Jahrhunderts weitgehend nationalsozialistisch radikalisierten „Lagers“ in Österreich. Sie trat im Jahr 1955 das Erbe des VDU an, des im Jahr 1949 gegründeten Sammelbeckens ehemaliger österreichischer NationalsozialistInnen, aus der sich auch die Führungsschicht der Partei rekrutierte – der langjährige BPO und frühere SS-Offizier Friedrich Peter ist dafür ein typisches Beispiel. Charakteristisch für die „alte“ FPÖ war einerseits das programmatische Bekenntnis zur deutschen Volksgemeinschaft, andererseits das Bekenntnis zur liberalen Tradition. VDU und „alte“ FPÖ konnten mit einem Stimmenpotential von 10 – 5 %, Tendenz fallend, rechnen

Seit den späten 1960er- und 1970er-Jahren lassen sich v.a. unter der Obmannschaft von Norbert Steger verstärkte Bemühungen um eine stärkere Akzentuierung des liberalen gegenüber dem nationalen Element beobachten. In diese Periode fallen auch die Unterstützung einer SPÖ-Minderheitsregierung der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) (1970 – noch unter BPO Peter)

und eine Regierungszusammenarbeit mit der SPÖ (1983 – 1986 unter BPO Steger), die seitens der SPÖ nach der Übernahme der Partei durch Jörg Haider aufgekündigt wurde.

1986 übernahm Jörg Haider die Führung der Partei und nahm kommunikationspolitisch und programmatisch eine Neuorientierung vor, um historischen Ballast abzuwerfen und neue Themen und WählerInnen anzusprechen. Die explizite Deutschtümelei trat in den Hintergrund, Austro-Chauvinismus, der schonungslose Angriff gegen Fremde und Minderheiten, das gesellschaftliche und politische Establishment, gegen Parteien- und Verbändestaat und öffentliche Wirtschaft sowie gegen politisch korrekte, „linke“ KünstlerInnen und Intellektuelle rückten ins Zentrum. Und die Partei war damit erfolgreich und legte bis 1999 auf einen Stimmenanteil von bis zu 27 % auf Kosten der bisherigen Quasimonopolparteien SPÖ und ÖVP zu (vgl. die Überblicke in Bailer-Galanda/ Neugebauer 1997, Wikipedia 2006a und 2006b).

Damit gerieten die Maßstäbe der politischen Normalität in Österreich in Bewegung: Bis zur Übernahme der Obmannschaft der FPÖ durch Jörg Haider und der Entwicklung der FPÖ zu einer „populistischen Rechtspartei mit radikaler Ausdrucksweise und extremen Elementen“ (Ahtisaari/ Frowein/ Oreja 2000) hatte unter den politischen Eliten und den Massenmedien ein stillschweigender Konsens über ungeschriebene „Konventionalregeln“ bestanden, der dem österreichischen Modell der „Konkordanzdemokratie“ zu Grunde lag. Diese Konventionalregeln betrafen etwa die Bestellung der Bundesregierung durch den Bundespräsidenten, die Nominierung der Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs durch den Nationalrat, die Beteiligung der Opposition an der Macht oder die Mitwirkung der „Sozialpartner“ an der Sozial- und Wirtschaftspolitik (Pelinka 2000, 445f.), aber auch das Selbstverständnis der Zweiten Republik als Antithese zum Nationalsozialismus sowie Regeln der politischen Moral - etwa dass Minderheiten-, Grund- und Menschenrechte nicht zum Gegenstand demagogischer Massenmobilisierung gemacht oder dass die Persönlichkeitssphäre politischer AkteurInnen nicht in die parteipolitische Auseinandersetzung hineingezogen werden dürfen.

Jörg Haider und seine „neue“ FPÖ haben in ihrer politischen Agitation und ihrer Programmatik radikal mit diesen Konventionen gebrochen.

2.1.2. Politische Rhetorik

In der politischen Rhetorik der FPÖ und ihrer Galionsfigur Haider spiegelt sich der Charakter der Partei als Auffanglager ehemaliger NationalsozialistInnen, ihre Öffnung zur neuen Rechten und zum Rechtspopulismus.

- Für die erste, „altrechte“ Komponente, die auch und gerade im Ausland mit besonderer Besorgnis zur Kenntnis genommen wurde, stehen Haiders Anleihen an Slogans des Nationalsozialismus - SPÖ und ÖVP als „Systemparteien“, „Am Kärntner Wesen könnte auch diese Republik genesen“ - sowie seine verharmlosenden oder beschönigenden Aussagen über die NS-Zeit - „ordentliche Beschäftigungspolitik des Dritten Reichs“, Ehrenerklärungen an SS-Angehörige: „anständige Menschen mit Charakter“, Umdeutung des Angriffskrieges auf die Sowjetunion zum Kampf für Freiheit und Demokratie: „Hätten (die Wehrmachtssoldaten) nicht Widerstand geleistet, wären sie nicht im Osten gewesen, hätten sie nicht die Auseinandersetzung geführt, dann hätten wir ... (keine) Demokratie in Europa“
- Die zweite, neurechte Komponente äußert sich insbesondere in der Hetze gegen ethnisch Fremde: AusländerInnen, SchwarzafrikanerInnen, Muslime usw.
- Die dritte, populistische Komponente weist ihrer äußeren Form nach - mit ihrer Bereitschaft zur Anpassung an die Stimmungen und Erwartungen ihres jeweiligen Zielpublikums, mit ihren subversiven Attacken etablierter Autoritäten, Institutionen und Diskurse, mit ihrer ironischer Sprache und mit ihren spektakulären Inszenierungen, die die Grenzen von Politik und Unterhaltung unterlaufen - quasi „postmoderne“ Züge auf. Inhaltlich werden jedoch mit dieser Verpackung klassisch „rechte“ Motive transportiert, die den anti-autoritären und auf die Anerkennung von Differenzen bestrebten Intentionen der Postmoderne diametral entgegen gesetzt sind (vgl. zum Folgenden ausführlich Preglau 2001):
 - Manichäische Feindbilder:

Europa der Bürokraten vs. Europa der Bürger und Völker, politische Klasse vs. Volk; Ausländer/ Schwarzafrikanische Drogenhändler/ Scheinasylanten vs. Inländer; Christliches Abendland vs. Islamische Fundamentalisten, Geschützter Bereich (öffentlicher Sektor, staatliche Unternehmen) vs. nichtgeschützter Bereich (Privatwirtschaft), Bonzen und Privilegienritter, parasitäre Funktionäre vs. fleißige und anständige Leute, Staatskünstler/ machtgenehme Journalisten/ pragmatisierte Vergangenheitsbewältiger vs. Volk,

Mehrheit vs. Minderheit, Patrioten vs. vaterlandslose Gesellen und Vaterlandsvernaderer, Österreicher vs. Sozialistische Internationale/ EU;

- Kampagnen zur Mobilisierung der Mehrheit gegen die Minderheit:

Anti-Ausländer-Volksbegehren „Österreich zuerst!“, Forderungen des Anti-Euro-Volksbegehren, Anti-AusländerInnen-Wahlkämpfe in Wien 1999 (Verwendung der NS-Diktion „Überfremdung“), 2001 (Anweisung für Affichierung zweier Plakate: „Kriminalität“ – immer rechte Seite – „Ausländer“ – immer linke Seite) und in Graz 2003 (Slogan: „Drogendealer in die Karlau und nicht in den Gemeindebau“), Kampagne gegen Superintendentin Knoll, angestrebte Volksbefragung zu den „EU-Sanktionen“, Watch-List für „Triebverbrecher“.

Auch dieser Rechtspopulismus ist insofern als *extrem* zu bezeichnen, als sie

- offenkundig auf eine ideologische Delegitimierung demokratischer Einrichtungen abzielt, die deren faktischer Demontage (s. weiter unten) den Boden bereiten soll;
- auf die Verbreitung und Verstärkung von rassistischen Vorurteilen, Feindbildern und Sündenbockprojektionen abzielt;
- auch nicht vor der unverhohlenen Drohung mit Gewalt zurückschreckt.

2.1.3. Parteiprogrammatik

Auch nach der vordergründigen Absage an überholte Deutschtümelei finden sich rechtsextreme Ideologieelementen im *Programm der FPÖ* (vgl. zum Folgenden ausführlich wiederum Preglau 2001):

- ethnisch völkischer Nationalismus (Volk und Familie als „organisch gewachsene Gegebenheiten“);
- Ablehnung von Einwanderung und „multikulturellen Experimenten“ unter Berufung auf ein „Recht auf Heimat“ der „autochthonen (mehrheitlich) deutschen Volksgruppe“; Ersatz des Asylrechts durch eine „Verfolgtenhilfe“;
- autoritärer Umbau des Staates durch Rückbau von Parlamentarismus (verbunden mit dem Ausbau plebiszitärer Elemente), von Gewaltenteilung (z.B. durch die Schaffung eines Kanzler-Präsidenten oder die mit einer zahlenmäßigen Begrenzung des Ministerrates zwangsläufig verbundene Zusammenlegung von Ministerien) und gesellschaftlicher Selbstverwaltung der „Sozialpartner“ (die frühere „Dritte Republik“);

- Volksgemeinschaft: die Verpflichtung zur Solidarität mit den österreichischen VolksgenossInnen löst das Bekenntnis zur „deutschen Volksgemeinschaft“ ab;
- Ablehnung des Wertepluralismus: „Erhaltung des kulturellen Erbes und Sicherung der kulturellen Identität“ als Staatsaufgabe, Ablehnung von „kultureller Nivellierung und verordneter Multikultur“;
- Konstruktion von Feindbildern: „konsumistischer Hedonismus“, „Nihilismus“, „islamischer Fundamentalismus“, „Kammern- und Parteienfunktionäre“, „geschützter Sektor“, „machtgenehme Journalisten“, „Staatskünstler“;
- nationalistisches Geschichtsbild: Volk als Träger subjektiver Rechte, „ethnopluralistische“ Vision eines Europa der Völker.

2.1.4. Interaktionsformen und Führungsstil

Demokratiethoretisch problematisch erscheinen aber auch *Interaktionsformen und Führungsstil* der FPÖ. Sie ist zwar formal durchaus eine demokratisch verfasste Partei, in der Praxis hat sie sich jedoch wiederholt als eine autoritäre Partei erwiesen, die den Willen der Parteizentrale und des (Ex-)Parteiführers auch gegen den Widerstand einzelner Teilorganisationen und Mitglieder der Partei gnadenlos exekutiert.

Sogar der Verdacht, im politischen Wettbewerb verfassungswidrige Methoden bedenkenlos einzusetzen (Stichwort „Spitzelaffaire“), steht im Raum.

Bei einer Analyse der FPÖ sind weiters die *Integration von Personen mit rechtsextremer Herkunft und bestehende Kontakte zum internationalen Rechtsextremismus* in Rechnung zu stellen. So verfügt die FPÖ

- über eine Reihe von Mitgliedern und FunktionärInnen, die aus rechtsextremen und neonazistischen Organisationen (NPD, Aktion Neue Rechte/ ANR) zur Partei gestoßen sind (dazu Scharsach/ Kuch 2000, 192ff.);
- Personen rechtsextremer Herkunft machen Karriere und bringen es - im Infrastrukturministerium bzw. im Büro von Böhmendorfer - immerhin bis zum Ministersekretär (derStandard-online 11.01.02);

- über internationale Kontakte zu rassistischen und fremdenfeindlichen Organisationen in Deutschland (Republikaner), und Italien (Lega Nord, Alleanza Nazionale). Indirekte Kontakte bestehen auch zum belgischen „Vlaams Blok“, wechselseitige Sympathieerklärungen gab es früher auch mit Frankreichs „Front National“ (Scharsach/Kuch 2000, 217-232).
- Nach den Europawahlen 2004 hat sich der freiheitliche EU-Abgeordnete A. Mölzer daran gemacht, sein Projekt der Vereinigung der extremen europäischen Rechten umzusetzen: Er bemüht sich um eine Fraktion mit Vlaams Blok, Lega Nord, Alternativa Sociale (ein von A. Mussolini gegründeter italienischer Rechtsableger der MSI), Front National, Volkspartei Bewegung für eine demokratische Slowakei (Vorsitz: V. Meciar) und der polnischen Bauernpartei Samooborona (derStandard-online 19.07.04).

Fazit: Die FPÖ weist bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt sowohl im Hinblick auf ihre Programmatik als auch hinsichtlich Interaktionsformen und Führungsstil, Mitgliederrekrutierung und Außenbeziehungen eine Reihe rechtsextremer Merkmale auf. Dass die Einstufung der FPÖ seitens der Weisen als „rechtspopulistisch mit extremistischer Ausdrucksweise“ bzw. „mit radikalen Elementen“ etwas moderater geraten ist (Ahtisaari u.a. 2000, 26, 31), erklärt sich m. E. daraus, dass sich die Weisen nicht intensiv genug mit den ideologisch-programmatischen Grundlagen des „Rechtspopulismus“ der FPÖ, mit ihren Interaktionsformen, dem Herkunftsmilieu ihrer Mitglieder und ihren internationalen Kontakten beschäftigt haben.

2.1.4. Die Freiheitlichen nach ihrer Spaltung in FPÖ und BZÖ

Die FPÖ ist daran gescheitert, ihre Identität als ideologisch motivierte und populistisch mobilisierende rechte Protestpartei und ihre Rolle als an rechtlich-institutionelle Rahmenbedingungen gebundene und zum politischen Kompromiss gezwungene Regierungspartei auf einen Nenner zu bringen. Die Folge war, dass sich die destruktive Energie der FPÖ, die sich im Rahmen der Koalition nur in abgeschwächter Form nach außen entfalten konnte, nunmehr zunehmend nach innen wandte (vgl. zum Folgenden Preglau 2006, S. 43 – 54 und 223 - 226):

- 1) Als Aufstand der ideologisch motivierten Parteibasis gegen die mitregierende Parteispitze um Riess-Passer, Grasser und Westenthaler im Sommer 2002, der - von den Aufständischen so nicht intendiert - zu deren Rücktritt, vorgezogenen Neuwahlen mit dramatischen Verlusten der Freiheitlichen zugunsten der ÖVP geführt hat.
- 2) Als Spaltung der Partei in ihre beiden Elemente im Frühjahr 2005: die ideologisch motivierte extreme Rechte verblieb in der FPÖ, die rechtspopulistischen RealistInnen zogen aus und gründeten das Bündnis für die Zukunft (BZÖ), dessen Führung wieder Jörg Haider übernehmen sollte.

Das BZÖ ist laut Gründungsstatut offen für alle „Personen, Vereine und Organisationen im Sinne des Parteiengesetzes“, die sich „zu einer wertorientierten, sozialen, freisinnigen, heimatbewussten Politik bekennen, in deren Mittelpunkt der Mensch steht“ – eine Allerweltsformel mit durchaus FPÖ-bodenständigen, nationalen Hintergrund. Der Bündnisobmann hat weitgehende Befugnisse: er vertritt das Bündnis nach außen und hat die Letztentscheidung über Europaparlaments- und NationalratskandidatInnen und ein Mitspracherecht bei Landtagslisten. Für den Parteiausschluss eines Mitglieds genügt ein einfacher Mehrheitsbeschluss des „Bündnisteams“, des Leitungsgremiums des BZÖ, bei einer Anwesenheit von mindestens 50 % (Wiener Zeitung 06.0405). Insgesamt ergibt sich das Erscheinungsbild einer trendy gestylten, (rechts-)populistisch orientierten, schlanken und flexiblen und durch die Obfrau oder den Obmann leicht steuerbaren Organisation. Der Steuermann und seine Crew werden nicht müde zu betonen, ihr Blick sei „in die Zukunft“ gerichtet – um sich von der „vergangenheitsorientierten“ Alt-FPÖ abzugrenzen, um aber auch von der eigenen dunklen, rechtsextremen Geschichte abzulenken.

Wie dem auch sei: Am 17. April fand in Salzburg der Gründungskonvent statt. Gleichsam per acclamationem wurde in offener Abstimmung Haider zum Obmann gekürt. Auch ein *Programm* hat sich das BZÖ gegeben – mit Bekenntnissen

- zu „soviel Freiheit wie möglich“ und gegen die „menschenverachtende Systeme des 20. Jahrhunderts (Nationalsozialismus, Faschismus und Kommunismus)“,
- zu einem „fürsorglichen und ordnenden Staat“, der den „missbrauchsanfälligen Sozialstaat“ zu einem „sozialen Netz nach dem Vorbild der Familie“ umgestaltet, der die Rahmenbedingungen einer „freien Wirtschaft“ sichert und durch eine „differenzierte Flat Tax“ Leistungsanreize schafft und der die heimische Wirtschaft vor unfairem Wettbewerb in der globalisierten Wirtschaft – z.B. durch „Billigproduktion durch Kinderarbeit“ oder „Umweltzerstörung“ – schützen soll,
- zur steuer- und sozialrechtlichen Förderung der Familie „als Ort der Geborgenheit und des geistig-seelischen Ankerplatzes für Kinder“,
- zu „Heimatschutz“ durch effiziente Strafverfolgung, eine moderne Sicherheitsexekutive, „rasch einsetzbare Streitkräfte“ und Schutz der lebenswichtigen Infrastruktur,
- zur Erhaltung und Sammlung des kulturellen Erbes sowie zur Bewahrung und Pflege der deutschen Sprache sowie der autochthonen Volksgruppensprachen“ und
- zu Erweiterung und Vertiefung der EU (BZÖ 18.04.05; für mehr Details dazu s. Wikipedia 08.06.2007).

Ein bisschen Wettbewerb und Steuerparadies für Neoliberale, ein bisschen Nestwärme und Globalisierungskritik light für den „kleinen Mann“, ein bisschen Traditionspflege für die Nationalen, und ein (Lippen-)Bekenntnis zur EU für den Koalitionspartner und misstrauische Partnerstaaten – und keine rechtsextreme Terminologie.

Zwei Tage später wurde freilich offenbar, dass das Spaltprodukt BZÖ nicht so sehr auf Gesinnungswandel als vielmehr auf Unter-den-Tisch-Kehren einschlägiger Überzeugungen beruht: Siegfried Kampl, Kärntner BZÖ-

Mitgänger, Bundesrat und ab Juli 2005 dessen Vorsitzender, bekannte sich in einem Interview zu einer Auffassung, die er bereits zuvor anlässlich der Debatte über Wehrmachtsdeserteure im Bundesrat kundgetan hatte: Wehrmachtsdeserteure seien „Kameradenmörder“, und nach dem Krieg hätte es eine „Naziverfolgung“ gegeben (derStandard-online 19.04.05). Hinter der Maske des vorwärts gewandten „Zukunftsbündlers“ das hässliche Gesicht des ewiggestrigen Verharmlosers und Verdrehers der Rollen von Tätern und Opfern.

Am 5. April 2005 gab dann Strache die *Zukunftsperspektiven der Alt-FPÖ* bekannt: Diese mache im alten Mantel FPÖ mit den Landesorganisationen von Wien, Niederösterreich, Salzburg, Burgenland und Tirol auf dem Boden der (rechtsextremen) Tradition in der Opposition weiter, und er selbst werde am Parteitag am 23. April als Obmann kandidieren.

Am 23. April wurde Strache dann tatsächlich mit 90 % Zustimmung zum Obmann der Alt-FPÖ gewählt. In seiner Rede rechnete Strache mit Haider ab („Michael Jackson der Innenpolitik“) und verkündete die „Wiedergeburt der FPÖ“. In einem *Leitantrag* unter dem Motto „Zurück zu den Werten - hin zu den Menschen“ strich die FPÖ ihren Charakter als (neu-)rechte Grundsattpartei heraus - national-chauvinistisch: sie sei die „Partei des Österreich-Patriotismus“; xenophob: Österreich sei „kein Einwanderungsland“; gegen Multikultur: nicht alle Kulturen seien „ohne Beschädigung ihrer Substanz miteinander vereinbar“, Zuwandernde sollen daher nach einer „kulturellen und wirtschaftlichen Integrationsprognose“ selektioniert und auf die „Anerkennung der Leitkultur“ verpflichtet werden; EU-Skepsis – „die EU ist nicht unsere Heimat“, Ablehnung der EU-Osterweiterung, keine Beitrittsverhandlungen mit der Türkei (FPÖ 24.04.05). Als ob die Alt-FPÖ ihre rechtsextreme „Natur“ unterstreichen und das BZÖ in Sachen NS-Verharmlosung überbieten wollte, nahm sich zwei Tage später Bundesrat John Gudenus heraus, in erzrevisionistischer Weise die Existenz von Gaskammern in Zweifel zu ziehen. Nachdem Gudenus dann - anscheinend durch das Nicht-Einschreiten der Staatsanwaltschaft ermutigt - seine Zweifel zu einer expliziten Leugnung der Existenz von Gaskammern im „Dritten Reich“ verschärft hatte (derStandard-online 08.06.05), wurde die Staatsanwaltschaft doch noch aktiv und stellte an den Wiener Landtag ein Auslieferungsbegehren (derStandard-online 13.06.05), dem am 29. Juni stattgegeben wurde (ORF On 29.06.05).

Zur Konstituierung des Nationalrats nach den Wahlen am 1. Oktober 2006 erschienen die Abgeordneten der FPÖ ganz im Sinne ihrer wiedergefundenen „urfreiheitlichen“ Identität mit einer blauen Kornblume am Revers – ein gezielter Tabubruch, handelt es sich doch dabei um ein Symbol der deutschnationalen Bewegung, das Symbol der alldeutschen Bewegung von Schönerer und das Erkennungszeichen der illegalen NationalsozialistInnen in der Zeit der ersten Republik (ORF On 10.10.06).

Ganz auf der Linie der Rechtsprofilierung der FPÖ nach der Abspaltung des BZÖ wurde das *Projekt der Integration der europäischen extremen Rechten im November 2005 weiter vorangetrieben*: Auf Einladung der Freiheitlichen Akademie trafen sich VertreterInnen der französischen Front National, des belgischen Vlaams Belang (früher Vlaams Blok), der italienischen Azione Sociale, der bulgarischen Ataka und der großrumänischen Partei mit Strache, Stadler und Mölzer, um in einer so genannten „Wiener Erklärung“ den „effektiven Schutz Europas“ vor „Terrorismus, aggressiven Islamismus, Supermacht-Imperialismus und wirtschaftliche Aggression durch Niedriglohnländer“ zu fordern, und einer Ausweitung der europäischen Integration auf „auf geographisch, kulturell, religiös und ethnisch nicht europäische Gebiete Asiens und Afrikas eine „klare Absage“ zu erteilen. Organisatorisch zielt man laut Mölzer auf die Einbeziehung weiterer rechter Parteien, die Bildung einer rechten Fraktion im Europaparlament und die Gründung einer „Nationale Internationale“ ab. (derStandard-online 14.11.05).

Tatsächlich schlossen sich dem Bündnis dann die Front National, die FPÖ, der belgische Vlaams Belang, die Großrumänien-Partei Romania Mare, die bulgarische Ataka-Partei sowie der britische Europakritiker Ahley Mote, Duce-Enkelin Alessandra Mussolini und der bisher fraktionslose italienische Abgeordnete Luca Romagnoli dem Bündnis an. Wie der Allianz-Regisseur Mölzer berichtet, gibt es auch schon ein gemeinsames Programm. Die Fraktion werde sich eher für einen europäischen Staatenbund und "gegen die Tendenz in der (EU-)Verfassung zu einem zentralistischen Bundesstaat" stark machen. Gemeinsam sei den Partnern auch das Eintreten für nationale Identitäten, eine Stärkung der europäischen Familien und die Gegnerschaft zu einem

Türkei-Beitritt und zu Massenzuwanderung. Termin der offiziellen Konstituierung: 17. Jänner 2007 (derStandard-online 05.01.07).

In dieser Konstellation marschierten die Freiheitlichen nunmehr auf getrennten Wegen zur nächsten Nationalratswahl: das BZÖ als Regierungspartner, die FPÖ als vom Ballast der Regierungsverantwortung befreite extrem rechte Oppositionspartei. Bei den Neuwahlen am 1. Oktober 2006 schaffte dann das BZÖ mit 4,1 % um Haaresbreite den Einzug ins Parlament, die FPÖ konnte sich in ihrer wiedergefundenen Rolle als Protestpartei mit einem Stimmenanteil von über 11 % stabilisieren.

2.2. Die ÖVP-FPÖ Wendekoalition

2.2.1 Koalitionsbildung und ihre Konsequenzen in Europa

Bis zu den Wahlen im Oktober 1999 waren sich in Österreich alle Parteien einig: die FPÖ steht „außerhalb des Verfassungsbogens“ (Klubobmann Khol, ÖVP), und es ist für die demokratische und humane Entwicklung Österreichs und Europas besser, wenn sie aus Regierungsgämtern ferngehalten wird, um ihr nicht die Gelegenheit zu geben, ihre Politik der Geschichtsrevision, des Angriffs gegen die Zweite Republik und der Ausgrenzung umzusetzen.

Seit Februar 2000 galt das nicht mehr. Die ÖVP war nämlich im strategischen Spiel nach den bisher gültigen Regeln in eine ausweglose Situation geraten: Als Juniorpartner der Macht konnte sie nicht den Bonus für Erfolge lukrieren, sondern musste den Malus für Misserfolge und das Ausbleiben der von konservativen WählerInnen erwarteten Reformen ertragen. Obendrein verfügte sie angesichts der Ächtung der FPÖ über keine Koalitionsalternative. Unter Obmann Schüssel ist die ÖVP nun aus diesem Konsens ausgeschert und hat gemeinsam mit der FPÖ eine Koalitionsregierung gebildet. Sie hat damit den Tabubruch begangen sich mit einem Partner einzulassen, bezüglich dessen im In- und Ausland Zweifel bestehen, ob er die normativen Grundlagen der österreichischen und (west-)europäischen Nachkriegsordnung - die Werte der Aufklärung, die Menschenrechte und die damit verbundene Verurteilung der nationalsozialistischen Barbarei - teilt. Sie hat damit in anderen europäischen Ländern, die Opfer nationalsozialistischer Überfälle waren und heute ihrerseits mit rechtsextremen Parteien konfrontiert sind, verständlicherweise die Angst vor einem Dambruch ausgelöst, der nicht nur die demokratische Kultur der einzelnen Staaten, sondern das gesamte Projekt der europäischen Integration gefährden könnte.

Um Europa und die Welt zu beruhigen, musste sich die Bundesregierung unter dem Druck des damaligen Bundespräsidenten Thomas Klestil in einer Präambel zur Regierungserklärung ausdrücklich zu Menschenrechten, Demokratie und europäischen Werten bekennen:

„... Die Bundesregierung tritt für Respekt, Toleranz und Verständnis für alle Menschen ein, ungeachtet ihrer Herkunft, Religion oder Weltanschauung. Sie verurteilt und bekämpft mit Nachdruck jegliche Form von Diskriminierung, Intoleranz und Verhetzung in allen Bereichen. Sie erstrebt eine Gesellschaft, die vom Geist des Humanismus und der Toleranz gegenüber den Angehörigen aller gesellschaftlichen Gruppen geprägt ist.

Die Bundesregierung arbeitet für ein Österreich, in dem Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus keinen Platz finden. Sie wird jeder Form von menschenverachtendem Gedankengut und seiner Verbreitung konsequent entgegentreten und sich für die volle Beachtung der Rechte und Grundfreiheiten von Menschen jeglicher Nationalität einsetzen – gleichgültig aus welchem Grund sich diese in Österreich aufhalten. Sie bekennt sich zu ihrer besonderen Verantwortung für einen respektvollen Umgang mit ethnischen und religiösen Minderheiten.... Die Bundesregierung bekennt sich zu den allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union gemeinsamen Prinzipien der pluralistischen Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit, wie sie auch in der österreichischen Verfassung verankert sind und die Voraussetzung für die Mitgliedschaft im Europarat bilden. Die in Österreich verfassungsmäßig garantierten, in der Europäischen Menschenrechtskonvention niedergelegten Rechte und Freiheiten sind klarer Ausdruck dieses Bekenntnisses. Die Bundesregierung bekennt sich zum Friedensprojekt Europa. Die Zusammenarbeit der Koalitionsparteien beruht auf einem Bekenntnis zur Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union. Die Bundesregierung ist den allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union gemeinsamen Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit verpflichtet, wie sie im Artikel 6 des Vertrages über die Europäische Union festgeschrieben sind. In der Vertiefung der Integration und der Erweiterung der Union liegt auch Österreichs Zukunft. ...“ (Schüssel/ Riess-Passer 2000)

Das reichte aber nicht, und die Welt reagierte prompt: Um ihrer Bestürzung Ausdruck zu verleihen, haben die anderen EU-Staaten geschlossen mit der Herabstufung der bilateralen außenpolitischen Kontakte – in Österreich in unkorrekter Weise „EU-Sanktionen“ genannt – reagiert:

Am 31. Jänner 2001 gab die turnusmäßige portugiesische EU-Präsidentschaft in einer Erklärung bekannt, dass die übrigen 14 EU Staaten im Falle einer Regierungsbeteiligung der FPÖ in Österreich die bilateralen Beziehungen zurückstufen würden. Laut dem Ratsvorsitzenden Guterres sollte dies „ein Symbol und eine Lektion für die Welt“ dafür sein, dass „Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit im heutigen Europa nicht akzeptiert werden“ (Bischof 2002a, 45).

Noch schärfer als die EU reagierte Israel, das seinen Botschafter bei Amtsantritt der FPÖ-ÖVP-Koalition zurückberief.

Mit dieser - innerhalb der an den Maßnahmen beteiligten Staaten nicht unumstrittenen¹ - Entscheidung haben die EU-Mitgliedstaaten den Versuch unternommen, jene Normalität zu bekräftigen und jene Kooperationsverweigerung fortzusetzen, die vor der Wende auch in Österreich als selbstverständlich gegolten hatte. Sie haben damit jedoch bewirkt, dass sich die Bevölkerung nach anfänglichem Zögern - immerhin gab es im April 2000 die mit 200.000 –

¹ Die Initiative soll von Frankreich, Italien und Deutschland ausgehen und von Belgien und Portugal unterstützt worden sein. Großbritannien und kleinere Länder wie Dänemark sollen hingegen bei der Entscheidung übergangen und zur Beteiligung gedrängt worden sein (Bischof 2002, 45f.). Der damalige Botschafter Österreichs in den USA Peter Moser beschrieb in einem Interview mit dem Austrian Studies Newsletter des Center for Austrian Studies (CAS) der University of Minnesota das Zusammenkommen der Sanktionen als überstürzte Aktion: „Everything was done over a weekend, just by phone calls. No ambassador of the 14 states in Vienna was consulted. If they had questioned the ambassadors, I know how the ambassadors would have answered. But they were not asked“ (Moser 2002).

300.000 TeilnehmerInnen größte Massendemonstration der zweiten Republik gegen die Wendekoalition - mehrheitlich mit der Regierung solidarisiert hat.

Als Exit-Strategie hat man dann in der EU den sogenannten Weissenberg-Bericht initiiert, der die FPÖ als eine „rechtspopulistische Partei“ qualifiziert, ihr eine „radikale Ausdrucksweise“ und „extreme Elemente“ attestiert und Justizminister Böhmdorfer wegen seiner früheren Funktion als Parteianwalt der FPÖ und seiner öffentlichen Unterstützung Haider als Minister deutlich kritisiert, der Regierung insgesamt aber einen Persilschein ausstellt und der EU empfiehlt, die bilateralen Maßnahmen gegen Österreich angesichts ihrer kontraproduktiven Effekte aufzugeben und ein geregeltes Verfahren zu etablieren, das es der EU in Zukunft erlauben soll, in ähnlichen Fällen in transparenter und berechenbarer Weise als Gemeinschaft zu reagieren (Ahtisaari/ Frowein/ Oreja.2000). Seitdem gibt es in Europa und im Verhältnis zwischen Regierung, Opposition und Gewerkschaften in Österreich doch wieder „business as usual“², und auch in Österreich dreht sich die politische Auseinandersetzung wieder vorwiegend um „normale“ wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Themen.

2.2.2. Regierungspolitik der Wendekoalition

Im Folgenden soll auf Grund einer genaueren Analyse des Regierungsprogramms und der Regierungspraxis von FPÖ und blau-schwarzer Wendekoalition geklärt werden, ob die Vorbehalte inländischer und ausländischer KritikerInnen, die sie der neuen Regierung im Voraus auf Grund ihrer - nicht unberechtigten - Einschätzung der FPÖ als rechtsextremer Partei entgegengebracht hatten, auch „an den Taten der Regierung gemessen“ gerechtfertigt waren, also an jenem Maßstab, den Bundeskanzler Schüssel immer an die neue Regierung angelegt wissen wollte (vgl. zum Folgenden Preglau 2006, S. 20 – 56 und 120 – 211).

Natürlich waren und sind weite Teile von Regierungsprogramm und –praxis menschenrechts- und demokratiepolitisch völlig unbedenklich. Es mag linke, emanzipatorisch orientierte

² Der besagte Mechanismus für den Umgang mit demokratiepolitisch bedenklichen Entwicklungen in europäischen Staaten hat sich freilich bisher als Totgeburt erwiesen: So kann die Rechtskoalition Berlusconi in Italien heute die dritte Gewalt der Justiz empfindlich schwächen und die „Vierte Gewalt“ der Medien usurpieren, ohne dass die Europäische Gemeinschaft entsprechend reagiert ...

KritikerInnen stören, wenn das Budgetdefizit in einer abrupten Notbremsung auf Null reduziert, verstaatlichte Betriebe weitgehend privatisiert, die Wirtschaft entlastet und Sozialleistungen zurückgefahren, das Pensionssystem schwergewichtig auf private Vorsorge verlagert, im Justizbereich ein betonter Law-and-Order-Kurs verfolgt und finanzielle Anreize dafür gesetzt werden, dass Frauen „an den Herd zurückkehren“; dies liegt jedoch aus menschenrechtlicher und demokratiethoretischer Sicht ebenso im Rahmen des Spektrums liberal-demokratischer Systeme wie die Tatsache, dass im staatlichen Einflussbereich Vertrauensleute der alten Koalition durch solche der neuen ersetzt werden, und all dies steht ja gegebenenfalls nach einem abermaligen Regierungswechsel wiederum zur Disposition.

In ihrer Notwendigkeit und Wünschbarkeit überhaupt völlig außer Streit stehen die *Entschädigung von NS-ZwangsarbeiterInnen sowie die Entschädigung der NS-„Arisierungs“-Opfer*: Nach Eintritt der Rechtssicherheit konnte schließlich am 13. Dezember im Ministerrat die Auszahlung aus dem Entschädigungsfonds an 132.000 NS-Opfer in Angriff genommen werden (derStandard-online 13.12.05).

Freilich war auch diese Politik zumindest seitens der Freiheitlichen äußerst umstritten, widerwillig in Angriff genommen, von antisemitischen Untertönen begleitet und aus ihrer Sicht ausschließlich instrumentell begründet – ein Tribut an die primär am Umgang Österreichs mit der NS-Vergangenheit interessierten Weltöffentlichkeit, um ihre Regierungsbeteiligung akzeptabel und ihre fremdenfeindliche Regierungspolitik in der Gegenwart möglich zu machen:

Anlässlich der Errichtung des NS-Zwangsarbeiterfonds wehrte sich etwa der freiheitliche Vizebürgermeister der Salzburger Gemeinde Seekirchen gegen einen Gemeindebeitrag. Es sei „historisch erwiesen, dass die Gemeinde keinerlei Zwangsarbeiter eingesetzt hat“. Dafür seien viele Seekirchner nach Kriegsende in Russland und anderen Siegerstaaten zur Zwangsarbeit eingesetzt worden, die ihrerseits eine „Gefallenen- und Vermisstenentschädigung“ verdienten.

Die steirischen Abgeordneten Schögl und Tremml wiederum wollten die Restitution nur als Teil eines „Gesamtpakets“ akzeptieren, zu dem die Entschädigung aller ehemaligen österreichischen Kriegsgefangenen und Kriegerwitwen ebenso gehörten wie die „Bemühungen um Aufhebung der AVNOJ- und Benes-Dekrete“. Bundesrat Gudenus und NR-Abgeordneter Graf forderten gar Entschädigungszahlungen für Sudetendeutsche. Zu Beginn der Verhandlungen über die Restitution für enteignetes jüdisches Vermögen wurde der US-Opferanwalt Ed Fagan von BR Gudenus in klassisch antisemitischer Manier als „Geschäftsmann“ bezeichnet, der „nicht dazu beiträgt, Sympathien für seinesgleichen (gemeint sind die Juden, M.P.) zu erwecken“. Haider warnte nach Abschluss der Verhandlungen hintergründig, es sei eine trügerische Hoffnung des Bundeskanzlers, dass er „ungeteilten Applaus an der Ostküste erhalten werde“.

Laut FPÖ-Bundesrat Gudenus zahlte Österreich mit den Zwangsarbeiterentschädigungen „Schutzgeld, um die Handelsbeziehungen - insbesondere mit den USA - nicht zu stören“. Auch aus einem – bereits im Jänner 2004 geführten, jedoch erst im September 2006 in der „Zeit“ öffentlich gemachten – Interview mit dem BZÖ-freiheitlichen Staatssekretär Mainoni geht die bloß instrumentelle Motivation der schwarz-blau/orangen Restitutionspolitik hervor: Die Wiedergutmachungs-Zahlungen seien dazu benutzt worden, um die

internationale Isolation nach der schwarz-blauen Koalition zwischen Wolfgang Schüssel und Jörg Haider im Jahr 2000 zu durchbrechen. „Da haben wir uns eingekauft. ... Damit haben wir auch den Rücken frei gehabt gegenüber den jüdischen Organisationen“ (derStandard-online 20.09.06).

Auf Grund des Einflusses der FPÖ und der zunehmenden „Verhaiderung“ der Schüssel-Khol-ÖVP fanden sich in *Regierungsprogramm und –praxis der blau-schwarzen Koalition* tatsächlich Momente des Ethno-Nationalismus und Rassismus, der Geringschätzung von Menschenrechten, Rechtsstaat und Demokratie sowie des Revisionismus, also *rechtsextreme Elemente*:

- Missachtung von Rechtsstaat und Gewaltenteilung sowie die Unabhängigkeit von Verwaltung und Justiz

Beispiele:

FPÖ-Spitzelaffäre und parteipolitisch oder ideologisch motivierte Angriffe der FPÖ gegen die unabhängige Justiz anlässlich der Spitzelaffäre;

Ablauf der vom Verfassungsgerichtshof für die Reparatur der bestehenden Ortstafelregelung in Kärnten gesetzten einjährigen Frist im Dezember 2002³.

Wiederholte Attacken Haiders und anderer FPÖ-Politiker auf den Verfassungsgerichtshof, Verfassungsrichter und Verwaltungsgerichtshof.

Infragestellung des Amtes des Bundespräsidenten seitens der Freiheitlichen.

- Forderungen und Maßnahmen, die darauf abzielen, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Selbstorganisation zu beeinträchtigen und ihre Abhängigkeit vom Staat zu verstärken

Beispiele:

„Paritätische Kommission“ nie einberufen;

Abberufung des Präsidiums und Reform der Sozialversicherungsträger;

Neuorganisation der Universitäten.

- Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit; zugleich öffentliche Förderung für rechtsextreme Zeitschriften

Beispiele:

„Einschüchterungsklagen“ gegen OppositionspolitikerInnen, Medien bzw. JournalistInnen, kritische WissenschaftlerInnen, KünstlerInnen und Intellektuelle⁴;

Idee, regierungskritische OppositionspolitikerInnen gleichsam wegen „Hochverrats“ vor Gericht zu bringen;

Interventionen in die Berichterstattung des ORF durch FPÖ-PolitikerInnen.

³ Im Wahlkampf des Frühjahrs 2004 hat die Kärntner FPÖ übrigens den Rechtsbruch Haiders als Wahlargument für ihn angeführt: „Weil er die Aufstellung zusätzlicher zweisprachiger Ortstafeln verhinderte“ (derStandard-online 05.02.04). In Sowenien hat das zu heftigen Protesten von Seiten politischer Parteien (Nationalpartei, demokratische Partei) sowie des Außenministeriums und zur Aufforderung an Österreich, den VfGH-Entscheid „in kürzester Zeit umzusetzen“, geführt (derStandard-online 21.02.04).

⁴ Manche Klagen haben sich dabei freilich als Bumerang erwiesen. So darf Haider diesbezüglichen Gerichtsentscheiden zu Gunsten der Beklagten Pilz bzw. Pelinka zufolge zu Recht „Ziehvater des Rechtsextremismus“ und „Verharmloser der NS-Vergangenheit“ genannt werden.

- Eingriffe in das durch die Verfassung geschützte Persönlichkeitsrecht

Beispiele:

Sicherheitspolizeigesetz, Militärbefugnisgesetz;

Reform der Strafprozessordnung: Leitung der Ermittlung geht von den Gerichten auf die Staatsanwaltschaft über, gleichzeitig bleibt das Weisungsrecht des Ministers aufrecht;

Verdeckte Ermittlungen und Video- und Tonaufzeichnungen auch ohne Vorliegen eines konkreten Verdachts oder eines aufzuklärenden Verbrechens, Zugriff der Exekutive auf private Bilddokumente im Vorfeld der EU-Präsidentschaft Österreichs im ersten Halbjahr 2006 und der Fußballeuropameisterschaft 2008.

- Law and Order um jeden Preis

Beispiele:

Abschaffung der selbständigen Jugendgerichtsbarkeit;

Im Jahr 2005 erstmals keine generelle Jubiläums-Amnestie;

Einführung von Hochsicherheitspässen mit einem Chip, auf dem ein digitales Bild und ab 2009 noch ein weiteres biometrisches Merkmal (vermutlich der Fingerabdruck) der InhaberInnen gespeichert ist.

- „sexistische“ Geschlechterpolitik

Beispiele:

Kindergeld;

Pflege traditioneller Frauen- und Geschlechterrollenbilder;

Steuerreform 2003/04 subventioniert mit Absetzbeträgen die „Versorgungsehe“;

Pensionsreform 2003/04 ohne Rücksicht auf die Besonderheiten weiblicher Erwerbsbiographien.

- rassistische und menschenrechtlich bedenkliche Migrationspolitik

Beispiele:

Zuwanderung stark begrenzt;

Unausgewogener Integrationsvertrag;

Mobilmachung gegen das passive Wahlrecht für AusländerInnen in Wien;

Restriktive Asyl-Richtlinie und verschärfte Fassung des Asylrechts;

Verzögerung (zwölf statt zehn Jahre Wartezeit) und Erschwerung (Nachweis von Sprachkenntnissen und einem eigenen Einkommen) der Einbürgerung durch eine Novellierung des Staatsbürgerschaftsrechtes;

Blockade einer EU-weiten liberaleren Regelung der Familienzusammenführung durch Justizminister Böhmdorfer im Mai 2001 (derStandard-online 28.05.01).

- Rassismus, Fremden- und Minderheitenfeindlichkeit, Antisemitismus

Beispiele:

Rassistische und antisemitische Polemik durch PolitikerInnen der FPÖ;

Ministerielle Rückendeckung von Behördenwillkür gegen AsylwerberInnen (Cheibani W, Bakary J);

Wortspenden von RegierungspolitikerInnen zur Restitution arisierten Vermögens sowie zum Streit zwischen Republik und israelitischer Kultusgemeinde;

„Moslemstudie“ und deren voreingenommene Interpretation durch die Innenministerin;

- Missachtung von Minderheitenrechten

Beispiele:

Verzug bei der Umsetzung des Verfassungsgerichtshofsentscheids über zweisprachige Ortstafeln in Kärnten; Problematische Methode der „Konsenskonferenz“ in der Ortstafelfrage;

Hartnäckige Diskriminierung homosexueller Beziehungen.

- Beschwörung der „Volksgemeinschaft“ und verschwörungstheoretische Mythen- und Dolchstoßlegendenbildung

Beispiele:

Zusammenfassung von Arbeit und Wirtschaft in einem Ministerium ;
Auflösung des Frauenministeriums;
Aufforderung zum „nationalen Schulterschluss“ und Denunziation kritischer PolitikerInnen, JournalistInnen und Intellektuelle als „Österreich-Vernaderer“ anlässlich der sogenannten „EU-Sanktionen“;
Dolchstoßlegende über Präsidentschafts- und Europawahlkandidaten der SPÖ.

- „revisionistische“ Umdeutung der nationalsozialistischen und austro-faschistischen Vergangenheit

Beispiele:

a) Nationalsozialismus

Rückkehr Opfermythos - „Österreich als erstes Opfer des Nationalsozialismus“;
Einsatz der Regierung für altösterreichische Minderheiten im Ausland und für die „Wiedergutmachung“ an Sudetendeutsche;
Keine Rehabilitierung von Deserteuren aus der NS-Wehrmacht im Bedenkjahr 2005;
FP-Forderung nach Entschädigungszahlung für diejenigen, „die nicht davongelaufen sind“;
Entschädigungszahlung für die ca. 50.000 „Trümmerfrauen“;
FP-Bundesrat Kampf bezeichnete Wehrmächts-Deserteure als „Kameradenmörder“;
Alt-FPÖ-Bundesrat Gudenus zog die Existenz von Gaskammern in Zweifel.

(b) Austrofaschismus:

VP-Politiker feiern Dollfuß und die Vaterländische Front als antifaschistische Widerstandskämpfer und bezeichnen die Sozialdemokratie als Totengräber der Eigenständigkeit Österreichs.

- Behinderung von EU-Erweiterung und Vertiefung

Beispiele:

Hinhaltender Widerstand gegen Osterweiterung, Aussetzung der Freizügigkeit am Arbeitsmarkt;
gegen ein Zurückdrängen des Einflusses und der Vetomacht der nationalen Einzelstaaten;
Bemühen um Verhinderung eines EU-Beitritt der Türkei.

- Autoritärer Regierungsstil:

Beispiele:

Mangelnde Gesprächs- und Verhandlungsbereitschaft mit Oppositionsparteien;
Blockade des parlamentarischen Aufklärungsinstruments des Untersuchungsausschusses durch die Regierungsparteien;
ÖVP als einzige Partei im Verfassung-Konvent gegen Verankerung des Rechts der parlamentarischen Minderheit zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses;
Sistierung der Personalvertretungswahlen bei Neuschaffung von Dienststellen;
Neues für regierungnahe Listen freundliches ÖH-Wahlrecht.

- Duldung, Aufwertung und Förderung rechtsextremer Personen, Organisationen, Medien und Aktivitäten durch AmtsträgerInnen der Republik

Beispiele:

öffentliche Förderung für rechtsextreme Zeitschriften und Organisationen im Umfeld der FPÖ; Karrieren von Mitgliedern rechtsextremer Burschenschaftlern in Ministerien, in Organisationen unter Regierungseinfluss und in Universitätsräten.

Wie war Kontinuität dieses Rechtskurses der „Wendekoalition“ trotz hohem

WählerInnenabstrom von der FP zur VP bei den Wahlen im Herbst 2002 möglich?

Die ÖVP war aus den Neuwahlen im Herbst 2002 mit einem Stimmenanteil von über 41 %

überraschenderweise als klarer Siegerin hervorgegangen. Die FPÖ war zwar mit ihrem Absturz von 27 % auf 10 % der Stimmen klare Wahlverliererin, die Regierungsparteien behaupteten auf Grund der Zuwächse der ÖVP jedoch ihre Mehrheit und konnten ihre

Regierungszusammenarbeit fortsetzen. Dieses Ergebnis spiegelte jedoch nicht eine Bewegung der Wählerinnen und in der Folge der Politik in die Mitte wieder, sondern einen markanten

Rechtsruck der ÖVP: sie hatte es verstanden, einen Großteil der WählerInnen aus der

Konkursmasse der FPÖ durch eine rechte Wahlkampagne bis zur Angleichung an die FPÖ in Stil und Inhalt (Diffamierung politischer GegnerInnen: „Vernaderer“, „Linksradikale“ und „Drogen in Trafiken“; persönliche Diffamierung: Gusenbauer als „Kühlschrank“, „Apparatschik“;

Bedienung fremden- und minderheitenfeindlicher Ressentiments: neue Asylrichtlinie, „Petritsch steht für Balkanisierung der Außenpolitik“) sowie durch den Transfer des populärsten FP-

Regierungspolitikers Grassler ins VP-„Kompetenzteam“ an sich zu binden.

In einer Wahlauseinandersetzung, die sich vorwiegend um die „Konkursmasse“ der enttäuschten ehemaligen freiheitlichen WählerInnen gedreht hat, war damit die Partei am erfolgreichsten, die

diesen WählerInnen im Positiven wie im Negativen am besten die aus der FPÖ-Propaganda

vertraute Tonlage und Melodie vorspielen konnte – und das war die ÖVP. Dies erklärt auch die

Kontinuität der Wendepolitik trotz veränderter Mehrheitsverhältnisse innerhalb der Koalition.

Nach der Abwahl der ÖVP- FPÖ/BZÖ Koalition – sie erhielt nur mehr knapp 40 % der

WählerInnenstimmen - und dem Wahlsieg der Sozialdemokratie im Herbst 2006 ist in Österreich seit Jänner 2007 wiederum eine SP-geführte große Koalition im Amt; das

Koalitionsübereinkommen (SPÖ/ ÖVP 2007) setzt einige neue bildungs-, beschäftigungs-, sozial- und frauenpolitische Impulse und nimmt sich die längst fällige Umsetzung des

Erkenntnisses des VfGH in der Causa Ortstafeln vor. Es lässt aber auch bemerkenswert viel Kontinuität erkennen: Dazu zählen neben dem Festhalten am Null-Defizit und der Fortsetzung der Marktorientierung auch so sensible Bereiche wie die restriktive Fremdengesetzgebung, die rechtliche Nicht-Anerkennung homosexueller Lebensgemeinschaften, die Aufrechterhaltung der Zugangsbarrieren fuer EU-BürgerInnen aus neuen Mitgliedsstaaten, und die Ablehnung eines Beitritts der Türkei zur EU – hier zeigt sich, wie nachhaltig die Wende die politische Kultur beeinflusst hat. Immerhin kann aber nunmehr darauf vertraut werden, dass das Agieren der Politik am Rande (und jenseits) der Rechtsstaatlichkeit ein Ende findet – und damit die strukturelle Gefährdung von Menschenrechten, Rechtsstaat und Demokratie in Österreich ein Ende findet.

2.2.3 Die „Wendekoalition“ – eine Zwischenbilanz

- Nach wie vor den durch die Krise der FPÖ erzwungenen Neuwahlen und der massiven Verschiebung der Machtverhältnisse innerhalb der Regierung zugunsten der ÖVP standen - insbesondere in den Bereichen Asyl- und Fremdenrecht, Institutionenreform, Frauenpolitik, Minderheitenpolitik und im Umgang mit der Opposition - im Hinblick auf Menschenrechte, Rechtsstaat, Demokratie und politische Kultur bedenkliche Statements und Praktiken auf der Tagesordnung der Wendekoalition.
- Dank der nach wie vor ihrem Verfassungsauftrag entsprechenden dritten Gewalt der Justiz ist diese Entwicklung, die im Bereich von Politik und Kultur deutliche Spuren hinterlassen hat, bisher von den Kernbereichen der rechtlich-institutionellen politischen Struktur weitgehend abgeprallt – mit einer Ausnahme:
- Seitdem die Kanzlerpartei ÖVP Jörg Haider um des Zusammenhalts der Mitte-Rechts-Koalition Willen die Möglichkeit bietet, die Umsetzung des VfGH-Entscheids in der Frage der zweisprachigen Ortstafeln nachhaltig zu hintertreiben, ist auch jener Riegel bereits bruechig geworden.

Eine zunehmend als „normal“ akzeptierte Regierungsbeteiligung der FPÖ hat aber auch auf *europäischer Ebene* problematische Wirkung entfaltet: Die Aufhebung der „Sanktionen“ wurde

von der Regierung und der FPÖ in höchst selektiver Wahrnehmung und aktiver Uminterpretation als Persilschein ausgelegt, der es ihnen nun ermöglicht, mit dem Siegel der „demokratischen Unbedenklichkeit“ nicht nur Österreich im Geiste der „Dritten Republik“ zu verändern, sondern auch *die Entwicklung eines stärker integrierten europäischen Bundesstaates von innen zu verhindern*. Zudem ist nun der „cordon sanitaire“ gegen rechtsextreme Parteien auch in anderen Ländern Europas nicht mehr so ohne weiteres aufrecht zu erhalten. Tatsächlich scheint bereits eine rechtsextreme und rechtspopulistische Welle über Europa zu rollen: Sieg von Forza Italia, Alleanza Nazionale und Lega Nord bei den Parlamentswahlen in Italien, lokale Wahlerfolge des Vlaams Blok in Belgien, Sieg der Konservativen und Rechtsextremen bzw. RechtspopulistInnen bei den Parlamentwahlen in Dänemark und Holland (Pim Fortuyn – ermordet vor den Parlamentswahlen im Mai 2002), lokale Erfolge von RechtspopulistInnen in Deutschland (Schill), Einzug Le Pens in die Stichwahl zur französischen Präsidentschaft – Europa scheint nationalistisch zu entgleisen.

Die unmittelbare Folgen dieser Entwicklung: Zwischen der sozialdemokratischen Regierung Schwedens und der rechts-konservativen Regierung Dänemarks ist ein Streit um die Ausländerpolitik entbrannt. Die dänische Rechtspopulistin Kjærsgaard droht im haideristischen Stile damit, „... die Öresund-Brücke hochzuklappen, wenn die Schweden ihre Städte zu Schmelztiegeln mit Clankriegen, Fememorden und Massenvergewaltigungen wie in Beirut machen wollen“, und die „Festung Europa“ ist im Begriff, noch dichter zu machen: Beim EU-Gipfel Ende Juni 2002 in Sevilla wurde auf Betreiben des spanischen Konservativen Aznar und des britischen Neu-Sozialdemokraten Blair ein Paket gegen illegale Einwanderung geschnürt, das von einer Vereinheitlichung der Asylpolitik über den Aufbau einer Datenbank mit den Fingerabdrücken aller AsylwerberInnen („Eurodac“), ein schärferes Vorgehen gegen „mafiose Schlepperbanden“, die Kooperation und Vernetzung der nationalen Grenzschutzkräfte bis zur Androhung von Maßnahmen gegen Herkunfts- und Transitländer, die bei der Verhinderung und Rückführung illegaler GrenzgängerInnen „kooperationsunwillig“ sind, reicht (derStandard-online 19.06.02, 22.6.02).

Nach dem vorläufigen Scheitern der Wende in Österreich im September 2002 scheinen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa auch international in eine Krise zu geraten: Die Liste Pim Fortuyn in Holland ebenso wie Forza Italia, Alleanza Nazionale und Lega Nord in Italien, die Partido Popular in Portugal oder die rechtsextreme Partei Megrets in Frankreich (derStandard-online 03.10.02). Auch die holländische Mitte-Rechts-Regierung ist nach nur drei Monaten zusammengebrochen (derStandard-online 16.10.02), und die Liste Fortuyn hat bei den Wahlen im Jänner 2003 (wie die FPÖ im Herbst 2002 in Österreich) zwei Drittel ihrer Stimmen (im Unterschied zur FPÖ v.a. zu Gunsten der Sozialdemokraten) verloren (derStandard-online 23.01.03).

Auf europäischer Ebene zeigt die weitere Entwicklung ein uneinheitliches Bild: Während sich in

Spanien, Ungarn und Italien eine Verschiebung des politischen Zentrums nach links ergeben hat, sind Deutschland mit dem Übergang zur großen Koalition und neuerdings auch Frankreich (Sieg Nicolas Sarkozys und seiner rechts-konservativen Partei bei den jüngsten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen) und Belgien (Sieg der christlich-konservativen Partei und des rechtsextremen Vlaams Belang) nach rechts gerückt. Neue Regierungskoalitionen mit Rechtsextremen sind in Polen und in der Slowakei entstanden, der Protest dagegen hält sich – nach den Erfahrungen mit den konterproduktiven Effekten der „Sanktionen“ gegen Österreich und nach der italienischen Ära Berlusconi – in Grenzen.

Unterm Strich ist der „Rechtsruck“ bisher weder in Österreich noch in Europa gestoppt, Xenophobie und Europaskepsis bewegen sich weiterhin auf hohem Niveau, Vertiefung und Erweiterung der EU bleiben weiterhin blockiert. Österreich - angesichts dieser Situation und nach einer Charmeoffensive in seiner zweiten Präsidentschaftsperiode wieder Teil des europäischen Mainstreams - bleibt die zweifelhafte Ehre, Schrittmacher diese Entwicklung gewesen zu sein.

Bleibt zu hoffen, dass sich die neue Regierung in Österreich entschlossen daran macht, die im Inland an Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaat entstandenen institutionellen und kulturellen Schäden zu beseitigen - und damit auch gegenüber Europa und der internationalen Staatengemeinschaft ein Zeichen der Umkehr setzt.

3. Nicht unter Quarantäne, aber mittelfristig „unter Beobachtung“ – US-amerikanische Reaktionen auf die Regierungsbeteiligung der FPÖ und österreichische Gegenstrategien

Dieses Kapitel widmet sich den Beziehungen zwischen Österreich und den USA auf der „Vorderbühne“ der offiziellen Außenpolitik seit Februar 2000 (3.1), der politischen „Hinterbühne“ und den verschiedenen Bühnen parallel zur Politik - Interessengruppen, wirtschaftlicher, touristischer, wissenschaftlicher und kultureller Austausch - die die Ereignisse auf der Vorderbühne mitbestimmen (3.2) und mit der Entwicklung der durch die Massenmedien vermittelten öffentlichen Meinung (3.3). Auf Basis dieser Darstellung erfolgt schließlich eine zusammenfassende Analyse und eine kritische Bewertung des Verlaufs der Ereignisse (3.4).

3.1. Die „Vorderbühne“ der offiziellen Außenpolitik

Wie bekannt hat die Regierung der USA auf die Bildung einer ÖVP-FPÖ-geführten Regierung in Österreich sehr ähnlich reagiert wie die anderen EU-Mitgliedstaaten und andere Staaten: die Regierungsbeteiligung der FPÖ wurde mit Besorgnis zur Kenntnis genommen, und es wurde angekündigt, die praktische Politik der Regierung in Österreich genau zu beobachten.

Die USA hatten bereits früher einmal in einer analogen Situation ähnlich reagiert: Als Dr. Kurt Waldheim, der frühere Generalsekretär der UN und spätere Bundespräsident Österreichs, beschuldigt worden war, ein Nationalsozialist gewesen zu sein und dies der Öffentlichkeit verschwiegen zu haben, wurde er sofort auf die „watch list“ gesetzt. Daher war die Reaktion der USA auf die Regierungsbeteiligung der FPÖ keineswegs überraschend. Clinton hat die Reaktion der U.S. in einem CNN-Interview folgendermaßen erklärt: „I think we have made quite clear that we would tolerate neither expressions of sympathy for Nazis in the past nor a policy that is ultranationalist, racist and hostile against immigrants in the future“. Auch der Ausschuss für Internationale Beziehungen des Repräsentantenhauses hat eine offizielle Stellungnahme abgegeben, in der er die FPÖ-Beteiligung an der österreichischen Bundesregierung bedauert. Der Ausschuss hat damit auf Resolutionen des Kongresses „bezüglich der Beteiligung der extremistischen FPÖ (sic!) an der Regierung Österreichs“ reagiert. Während die erste Resolution

hatte noch Maßnahmen vorgeschlagen hatte, die die der EU-Staaten an Schärfe noch übertroffen hätten, ist die zweite Resolution wesentlich milder ausgefallen:

106th CONGRESS
2d Session
H. RES. 417

Expressing the sense of the House of Representatives concerning the participation of the extremist FPO in the Government of Austria .

IN THE HOUSE OF REPRESENTATIVES

February 8, 2000

Mr. LANTOS (for himself, Mr. HORN, Mr. GEJDENSON, Mr. CROWLEY, Mrs. MORELLA, Mr. WEINER, Mr. HASTINGS of Florida, Mr. WEXLER, Mr. ACKERMAN, Mr. PALLONE, Mr. GUTIERREZ, and Ms. SCHAKOWSKY) submitted the following resolution; which was referred to the Committee on International Relations

RESOLUTION

Expressing the sense of the House of Representatives concerning the participation of the extremist FPO in the Government of Austria .

Whereas the extremist, racist, and xenophobic FPO has entered into a coalition agreement and is participating in the new Government of Austria ;

Whereas the leader of the FPO, Joerg Haider, praised Adolf Hitler's 'sound employment policy' and called Waffen SS veterans 'decent people with character who stuck to their belief through the strongest headwinds';

Whereas Joerg Haider and his party in the recent election campaign decried the 'over-foreignization' of Austria , which was an expression that was coined and used by Nazi leaders;

Whereas at a time when the European Union, the United States, and other nations are working actively to discourage ethnic hatred in the republics of the former Yugoslavia and elsewhere, Joerg Haider shamelessly appealed to racist sentiment and based his political campaign on racism and xenophobia;

Whereas in the past Joerg Haider and his party have expressed fundamental disagreement with the principles of freedom, democracy, and respect for human rights, which are the foundation of a modern, democratic, open and tolerant Europe and which Austria , as a member of the European Union, is committed by treaty to uphold; and

Whereas the inclusion of the FPO in the Austrian governing coalition serves to legitimize and encourage the extreme right in other countries of Europe: Now, therefore, be it

Resolved, That the House of Representatives--

(1) recognizes the right of the Austrian people to express their political views through a democratic election, but also reaffirms the right and the obligation of the United States House of Representatives to express its opposition to the anti-democratic, racist, and xenophobic views that have been expressed by Joerg Haider and other leaders of the FPO, and, because of these publicly expressed views, to state its opposition to the party's participation in the Austrian Government;

- (2) condemns the insulting, racist, and xenophobic statements which have been made over many years by Joerg Haider, the leader of the FPO, and by other leaders of the party;
- (3) expresses profound regret and dismay that the FPO under the leadership of Joerg Haider will play a major role in the new Government of Austria ;
- (4) commends the leaders of the European Union, the fourteen other member states of the European Union, Canada, Norway, and other countries which have expressed their serious concerns regarding the participation of the FPO in the Government of Austria ;
- (5) calls upon the President, the Secretary of State, and other officials and agencies of the United States Government to emphasize to Austrian Government officials our dissatisfaction with the inclusion of the FPO in the Government by, among other things, (a) not promoting or accepting any official contacts at a political level with officials of the Austrian Government which includes the FPO, (b) giving no support to Austrian candidates seeking positions in international organizations, and (c) receiving ambassadors of Austria only at a technical level;
- (6) urges Members of Congress to refuse to meet with ministers and other political leaders of the Government of Austria and to refuse to meet with members of the Austrian Parliament who are members of the parties participating in the governing coalition;
- (7) calls upon the American people and others to show their strong disapproval of the participation of the FPO in the Austrian governing coalition by refusing to travel to Austria , to use Austrian products and services, including Austrian airlines, and to invest in Austrian businesses; and
- (8) directs the Clerk of the House to send a copy of this resolution to the Secretary of State with the request that it be forwarded to the President of Austria .

Quelle: House of Representatives (08.02.2000)

HRES 429 IH

106th CONGRESS
2d Session
H. RES. 429

Expressing the sense of the House of Representatives concerning the participation of the extremist FPO in the Government of Austria .

IN THE HOUSE OF REPRESENTATIVES

March 1, 2000

Mr. LANTOS (for himself, Mr. GILMAN, Mr. GEJDENSON, Mr. SMITH of New Jersey, Mr. CROWLEY, Mr. CAMPBELL, Mr. WEINER, Mr. HORN, Mr. HASTINGS of Florida, Mrs. MORELLA, Mr. WEXLER, Mr. ACKERMAN, Mr. ABERCROMBIE, Mr. PALLONE, Mr. GUTIERREZ, Ms. SCHAKOWSKY, Mr. PORTER, Mr. EVANS, Mr. WAXMAN, Mr. TIERNEY, Ms. BALDWIN, Mr. MCGOVERN, and Mrs. JONES of Ohio) submitted the following resolution; which was referred to the Committee on International Relations

RESOLUTION

Expressing the sense of the House of Representatives concerning the participation of the extremist FPO in the Government of Austria .

Whereas the extremist, racist, and xenophobic FPO has entered into a coalition agreement and is participating in the new Government of Austria ;

Whereas the long-time-leader of the FPO, Joerg Haider, praised Adolf Hitler's 'sound employment policy' and called Waffen SS veterans 'decent people with character who stuck to their belief through the strongest headwinds';

Whereas Joerg Haider and his party in the recent election campaign decried the 'over-foreignization' of Austria , which was an expression that was coined and used by Nazi leaders;

Whereas at a time when the European Union, the United States, and other nations are working actively to discourage ethnic hatred in the republics of the former Yugoslavia and elsewhere, the FPO shamelessly appealed to racist sentiment and based its political campaign on racism and xenophobia;

Whereas in the past Joerg Haider and his party have expressed fundamental disagreement with the principles of freedom, democracy, and respect for human rights, which are the foundation of a modern, democratic, open, and tolerant Europe and which Austria , as a member of the European Union, is committed by treaty to uphold; and

Whereas the inclusion of the FPO in the Austrian governing coalition serves to legitimize and encourage the extreme right in other countries of Europe: Now, therefore, be it

Resolved, That the House of Representatives--

- (1) recognizes the right of the Austrian people to express their political views through a democratic election, but also reaffirms the right and the obligation of the United States House of Representatives to express its opposition to the anti-democratic, racist and xenophobic views that have been expressed by Joerg Haider and other leaders of the FPO, and, because of these publicly expressed views, to state its opposition to the party's participation in the Austrian Government;
- (2) condemns the insulting, racist, and xenophobic statements which have been made over many years by Joerg Haider, the long-time leader of the FPO, and by other leaders of the party;
- (3) expresses profound regret and dismay that the FPO will play a major role in the new Government of Austria ;
- (4) commends the leaders of the European Union, the fourteen other member states of the European Union, Canada, Norway, and other countries which have expressed their serious concerns regarding the participation of the FPO in the Government of Austria ;
- (5) calls upon the President, the Secretary of State, and other officials and agencies of the United States Government to emphasize to Austrian Government officials our concern about the inclusion of any party in the Government of Austria , including the FPO, that has been associated with xenophobic, racist policies, and statements supportive of Nazi-era programs;
- (6) urges Members of Congress to use any meetings with ministers and other political leaders of the Government of Austria to express concern for Austria's continued adherence to democratic standards and full respect for human rights;
- (7) calls upon the Secretary of State to continue to scrutinize the policies of the new Government of Austria and to be prepared to take additional measures if circumstances so warrant; and
- (8) directs the Clerk of the House to send a copy of this resolution to the Secretary of State with the request that it be forwarded to the President of Austria .

Quelle: House of Representatives (01.03.2000)

Dass die zweite, mildere Version der Resolution verabschiedet wurde, ist der Intervention des damaligen österreichischen Botschafters in den USA Dr. Moser zu verdanken (Mitteilung von Christoph Meran, damals zuständig für den Bereich Außenpolitik an der österreichischen Botschaft in Washington DC). So kam es, dass sich die USA auf eine genaue Beobachtung Österreichs beschränkten. In den folgenden Monaten wurde die Botschafterin der Vereinigten

Staaten K. Walt Hall dann auch wiederholt nach Washington zur Berichterstattung an U.S.-Außenministerin M. Albright berufen.

Nachdem die EU-Mitgliedsstaaten beschlossen hatten die „bilateralen Maßnahmen“ gegen Österreich aufzuheben, haben auch die USA ihre außenpolitischen Beziehungen zu Österreich normalisiert. Die Gründe dafür waren seitens Österreich das sehr erfolgreiche Lobbying des damaligen österreichischen Botschafters Moser sowie der Österreichischen Kulturforen, einige wohl kalkulierte Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung betreffend die NS-Vergangenheit, die die internationale Gemeinschaft besänftigen sollten, vor allem die Restitution jüdischen Vermögens (hauptverantwortlich für die Abwicklung: der frühere Botschafter Österreichs bei den UN, E. Sucharipa) sowie die Entschädigung für Zwangsarbeit (hauptverantwortlich für die Abwicklung: die frühere ÖVP-Politikerin und Präsidentin der Nationalbank, M. Schaumayr), und eine Geste der Kooperation gegenüber den USA, z.B. in Sachen anonymer Sparkonten (vgl. derStandard-online Februar – November 2000). Seitens der USA waren in dieser Hinsicht der Übergang von der Clinton Administration zur Bush Administration 2000/01 und die neuen Prioritäten der U.S. Außenpolitik im „Krieg gegen den Terror“ nach dem 11. September 2001 von größerer Bedeutung (Bischof 2002a, 2003, Mitteilung der Botschafterin E. Novotny sowie des Direktors des Presse- und Informationsdienstes an der österreichischen Botschaft W. Renezeder).

Die nächste Störung der Beziehungen zwischen Österreich und den USA wurde dann durch J. Haider selbst im Jahr 2002 verursacht: Dem Beispiel anderer ExponentInnen der extremen Rechten wie Le Pen (Frankreich) oder Schirinowski (Russland) folgend reiste er im Februar in den Irak. Er traf persönlich den Diktator und mutmaßlichen Massenmörder Saddam Hussein, und schreckte auch nicht davor zurück, ihm die „Grüße des österreichischen Volkes“ zu übermitteln und ihn der Solidarität der ÖsterreicherInnen zu versichern. Im Mai 2002 reiste Haider wieder in den Irak – diesmal aus „humanitären“ Gründen. Im November 2002 besuchte Haider abermals den Irak. Dieser Besuch diente offiziell der Förderung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, wurde aber von Haider für heftige Angriffe auf den „Imperialismus und Kolonialismus der USA“ genutzt. Schließlich bot Haider während des zweiten Golfkriegs dem Irakischen

Außenminister Naji Sabri in seiner Eigenschaft als Landeshauptmann politisches Asyl in Kärnten an.

Die USA verlangten eine Untersuchung dieser Angelegenheit durch das Irak-Sanktionen Komitee der UN, das U.S. State Department verurteilte den Besuch als “kontraproduktiv”, und ein Sprecher des State Department quittierte Haider’s treffen mit Saddam mit bitterer Ironie: “Birds of a feather stick together” (vgl. derStandard-online Februar 2002 – März 2003).

Die kritische Haltung der Regierung der USA gegenüber dem rechten Regierungsbündnis in Österreich und dessen aufmerksame Beobachtung, aber auch die Wieder-Normalisierung der bilateralen Beziehungen hat sich in offiziellen Äußerungen und Dokumenten des State Department niedergeschlagen – in den Pressemitteilungen (s. unten, Abschnitt a.), in den täglichen Presse-Briefings (s. unten, Abschnitt b.), den “Country Background Notes” (s. unten, Abschnitt c), den “Country Reports on Human Rights Practices” (s. unten, Abschnitt d.) und den “International Religious Freedom Reports” (s. unten, Abschnitt e.).

a) Pressemitteilungen des Department of State

“Joerg Haider resigns as head of the Austrian’s Freedom Party” (28. 2. 2000);

“Secretary Albright meets with Austrian foreign Minister Ferrero-Waldner” (8. 11. 2000)

“... They agreed, that our mutual accomplishments have allowed US relations fully regain their normal productive profile. The Secretary stressed her particular satisfaction with the recent Executive Agreement between the U.S. and Austria, which will soon bring in to being a fund to benefit Nazi-era forced and slave labourers, as well as with the start of talks on Nazi-era property issues. ...”

“Briefing on Austrian Property Restitution Talks” (13. 11. 2000, 14. 11. 2000, 20. 11. 2000, 13. 1. 2001)

“Agreement to Establish a General Settlement Fund” (17. 1. 2001)

“Austrian Payments to Holocaust Victims” (12/9/2005)

b) Tägliche Presse-Briefings des State Department

In den Briefings des Februar 2000 stehen die Bedenken gegen die Regierungsbeteiligung der FPÖ und die U.S.-Reaktionen darauf auf der Tagesordnung. In den Jahren 2002 und 2003 liegt der Schwerpunkt hingegen auf Haiders Besuch im Irak und seinen Kommentaren zur Irak-Politik der USA, aber auch die Wahlen in Österreich im Herbst 2002 werden angesprochen:

1. 2. 2000:

FRAGE: Do you have anything on the EU position concerning Austria and Mr. Haider?

MR. FOLEY: Well, we take note of the EU position that was announced by the European Union. I can speak to our policy on the matter which is, first of all, that the United States is concerned about the possibility of the Freedom Party entering the government in Austria. In that connection, Secretary Albright spoke with Foreign Minister Schuessel earlier today from Moscow where she is currently visiting.

As of now, Austria has not formed a new government; however, if the Freedom Party were to enter the Austrian Government, this would affect our relations and we would consider what steps to take in that event.

....

FRAGE: Could you just tell us, what exactly has the Freedom Party done to arouse your concerns and can it do anything now to allay your concerns or is it a lost cause as far as the State Department is concerned?

MR. FOLEY: Well, as you know, we've been trying to make clear all along to Mr. Haider and the Freedom Party our concern and our strong opposition to any statements or actions that can be interpreted as expressing sympathy for the former Nazi regime or as explaining away the Holocaust. There have been concerns about words and statements made in this regard in the past that continue to concern us.

FRAGE: You didn't answer the second part. Is there anything the Freedom Party can do to allay your concerns, or is it a lost cause as far you're concerned?

MR. FOLEY: I think that is hard to answer because certain statements have been made that are very disturbing, that do or can be interpreted as expressing sympathy for the Nazi regime and as explaining away the Holocaust. These are simply unacceptable in a democratic context in the world in which we live, and it's hard to explain away those statements, if you will. They have been made."

...

FRAGE: But it's bad if a party that you don't like happens to win?

MR. FOLEY: Let me answer the question, if you will. But what makes a democracy is more than simply a clean and free and fair election. We've seen evidence in the past, I believe, around the world of governments that were elected democratically or with plurality not acting democratically or not acting in conformity with democratic principles and with respect for human rights and things of this nature. And so I don't think, in answer to your question, that

elections themselves are the be-all and the end-all. They are certainly an indispensable component of that which defines democracy. I don't deny that for one moment, but they're not the be-all and the end-all.

...

FRAGE: How much of an influence did it have that the European community came out and voiced such a strong criticism against the possible involvement of the Freedom Party?

MR. FOLEY: Well, as I indicated, we took note of what the EU has announced, and we are in contact with our EU friends and partners as indeed we are in contact with our Austrian friends. But we speak for ourselves and we will make our own decisions in light of our own national interest, depending on how events may unfold.

3. 2. 2000:

FRAGE: Do you have anything on the possible formation of a new Austrian Government that includes the Freedom Party? The Office of the President - evidently there's a wire story that says that the government will be sworn in tomorrow.

MR. FOLEY: Well, we've been very clear on this matter, as I said on Tuesday, and I think Secretary Albright spoke to this important issue when she was in Croatia yesterday. We've been very clear that we were very concerned about the possibility that the Freedom Party would join in a new government in Austria. If this report is borne out of the president's intention to bless the formation of such a government, our concerns obviously increase.

I don't believe that the story is finished, though, at least in terms of constitutional procedures in Austria. First of all, this report of the president's intentions needs to be confirmed. Secondly, if that happens, I believe the parliament will need to act. And so in some sense, we're not going to be able to comment about something that hasn't happened yet, but I can, for your benefit though, restate our concerns given the profound worries that have existed in Europe, in the United States and around the world, about some of the statements that have been made by the Freedom Party leader in connection with the Nazi era that are deeply disturbing. We have significant concerns about this potential development. As you know, Secretary Albright spoke with the Austrian Foreign Minister and emphasized the importance of democratic values and Austria's commitments to pluralism and tolerance, and we are in close touch with our European friends and allies on this issue.

I would note that the two parties that may form the government have issued a declaration of commitment to broad democratic principles and values that form the basis of our partnership with Europe. I think that this declaration is a reflection of the very strong international concern that has been expressed so far and, yet, we believe that actions are indeed more important than words. However nice words may appear to sound, we are going to be watching very, very closely how events unfold in the coming weeks, days and months. And I think it's fair to say that Austria will be under an international microscope in the coming weeks - days, weeks and months - precisely because of the deep concern and, indeed, stake that the international community has in a viable democratic system in Austria.

Let's remember that the health and well-being of democracy in Austria is important to the people of Austria. We recognize that. I think Secretary Albright yesterday in Croatia noted that the Austrian people have a right to participate in free and fair elections, have a right to vote, and have a right to form their own government. No one is questioning that. But the international community, though, has a legitimate interest in the nature of democracy in a fellow democracy, and that is increasingly true around the world as democracy takes hold in various parts of the world. It is especially true in a part of Europe that spawned the most unspeakable atrocities known to humankind in history in that part of the world. And therefore, the concerns of the international community, including those of the United States are legitimate, and they are profound.

FRAGE: In that regard, since you mentioned that the parliament has a role in this and the president has a role in this, what would the United States recommend to either the parliament or the president to do? I mean, you've expressed concerns. As you said, actions are more important. What actions should they take?

MR. FOLEY: Well, it's not incumbent on the United States or anyone else to dictate as outsiders what specific steps that the government of Austria, the Austrian body politic, the people of Austria should take. I think that is clear, that they have the right, as Secretary Albright indicated yesterday, to make their own choices. But the international community has its own rights, indeed its own obligations in this regard, to be on the watch, to be vigilant, to be concerned in this event about the fate and the future of democracy in a fellow democracy in Austria.

So we are going to watch very carefully what they do. No one is telling the people of Austria what to do, but we're watching to see what the impact of the choices they make will be. And as we've indicated over the last several days, while it's premature to talk about our actions at this stage, we will determine what steps are appropriate based on what happens. And so we're going to be watching that closely in the next several days.

10. 2. 2000

FRAGE: Yesterday the Secretary several times was quite vociferous about Austria and the statements and lack of clear action. Is the Secretary worried that this situation in Austria -- xenophobia and rejection of foreign refugees -- that this might replicate itself in other European countries, such as Germany or France?

MR. RUBIN: Let me say that certainly many of the leaders in those countries have made that point and have expressed quite openly their concern about this issue beyond Austria.

With respect to the Secretary's actions and statements about Austria, it is focused on Austria. That doesn't mean that she's not aware of concerns throughout Europe about a potentially broader phenomenon.

But from our perspective, what the Freedom Party leaders have said is what has concerned us, and our actions have been focused on those statements and our concern about the Austrian Government. And that has been the motivation for our actions. That doesn't mean she's not aware of concern that you described.

14. 2. 2002

FRAGE: ... Yesterday, this building said that you guys were going to be looking -- asking the UN Sanctions Committee to figure out if your friend Joerg Haider had violated any UN sanctions by traveling to Iraq and meeting with Saddam.

Have you done that, do you know?

MR. BOUCHER: We have looked into the matter a little more, and I think it's a matter for Austria to look at first, and then to report on. I'll double-check on that.

UN member-states are responsible for enforcing UN sanctions, so we would expect, we would trust, that the Austrian Government would follow up on this matter and report its findings to the UN Sanctions Committee.

FRAGE: What does that mean? Do they determine whether it was a violation or not, or they just find out the facts of what happened and they --

MR. BOUCHER: I think that means they would find out the facts and report the facts and their opinion on anything that -- to the Sanctions Committee.

FRAGE: On what grounds would it be a violation of the sanctions? What particular aspect of the sanctions would it violate?

MR. BOUCHER: There's issues of money, of travel, of other things that probably need to be looked into.

FRAGE: Okay. And do you take an opinion on -- does this building have an opinion, then, on whether --

MR. BOUCHER: I think our opinion is that we look forward to seeing what the Austrians have to say on it. On the travel itself, the travel itself --

FRAGE: On the travel -- I know what you think about the travel itself, unless it has changed since yesterday. You don't suddenly think --

MR. BOUCHER: We think it's totally inappropriate.

FRAGE: Right, okay. But on this, do you take an opinion on whether it was a violation of the sanctions?

MR. BOUCHER: At this point, we would have to look to see what the Austrian Government reports.

15. 2. 2002

FRAGE: ... do you have anything new to say about possible ways in which this visit might have violated the UN sanctions?

MR. REEKER: You would want to ask the UN Sanctions Committee that question. I don't --

FRAGE: Today, there was -- here in the State Department there was a meeting between Richard Armitage and Austrian Vice Chancellor Susanne Riess-Passer. Could you inform us about the meeting, and did Mr. Armitage raise the question of Haider's visit to Iraq?

MR. REEKER: Yes, I can inform you. And, yes, he raised the question. ... In terms of Mr. Haider's visit to Baghdad, the Deputy Secretary reiterated our views, which you have heard from here before. We have expressed them previously to the Austrian Government. We believe the visit was counter-productive, inappropriate, and we've discussed fully with the Austrians our concerns about his trip to Iraq, including the circumstances of his travel there. So I think we have made our point quite clear.

FRAGE: Two questions. Did he specifically ask for any kind of report to the UN? And I have a follow-up just about the --

MR. REEKER: The answer is, no, not that I'm aware of.

FRAGE: Okay. And Vice Chancellor Reiss-Passer is the head of the Freedom Party, which has been criticized in the past for being ultra-nationalist, anti-immigrant, and has come under a lot of -- I mean, I'm just curious, did any of those issues come up in the meeting, and do you think it's appropriate that a senior State Department official be meeting with someone from that party?

MR. REEKER: I think she is the Vice Chancellor of Austria. It's absolutely appropriate that the Deputy Secretary of State meet with her in the capacity that he did, that I just described. ...

...

FRAGE: ... Does the United States think that Austria needs to submit a report to the UN committee?

MR. REEKER: No, I don't think we ever indicated that. I think we said they needed to -

...

FRAGE: I'm sorry, one more really briefly. The Vice Chancellor told us outside that she believed that you guys were totally convinced that the Austrian Government, and indeed the Freedom Party, did not support the regime in Iraq or Saddam Hussein generally. Is that correct? Are you guys convinced that the --

MR. REEKER: I don't think we have suggested that the Austrian Government supports the regime in Iraq.

FRAGE: She brought it up. That's true?

MR. REEKER: I'll leave that to her.

FRAGE: What about the Freedom Party?

MR. REEKER: I don't know about the Freedom Party. It is not something that I have looked into. We met with the Vice Chancellor of Austria in her capacity as that.

25. 11. 2002

FRAGE: Yesterday there were political national elections in Austria and the outcome was a kind of earthquake for Austria, a political earthquake, which meant that the Freedom Party of Joerg Haider lost nearly two-thirds of the votes and are reduced from 27 to 10 percent. Is there any reaction of the United States to the outcome of these elections, especially concerning the recent actions and comments of Mr. Joerg Haider to the US? He criticized the US politics as imperialistic and he was three times in Baghdad.

MR. BOUCHER: We have avoided getting into specifics of anybody else's election or any particular statements by party leaders, but we would congratulate the People's Party on its election victory. We have enjoyed an excellent working relationship with the current government and we expect this to continue when the new coalition government is formed. That is about as far as we'll go.

17. 12. 2003

FRAGE: Do you have a comment to the interview of the Austrian politician [inaudible] Haider who said yesterday it's not sure if the Americans kept the real Saddam Hussein, if they captured a double, who called it a second-rate comedy by Americans, the capture of Saddam Hussein, and who said for him it's a difficult choice between Saddam Hussein and George W. Bush because both violated human rights and international law?

MR. BOUCHER: I didn't see those comments. That all sounds pretty silly.

c) Länderspezifische Hintergrundinformationen

07/2000, 03/2002, 04/2003:

POLITICAL CONDITIONS

Since World War II, Austria has enjoyed political stability. A Socialist elder statesman, Dr. Karl Renner, organized an Austrian administration in the aftermath of the war, and general elections were held in November 1945. In that election, the conservative People's Party (OVP) obtained 50% of the vote (85 seats) in the National Council (lower house of Parliament), the Socialists won 45% (76 seats), and the communists won 5% (4 seats). The ensuing three-party government ruled until 1947, when the communists left the government and the OVP led a governing coalition

with the socialists (now called the Social Democratic Party or SPO) that governed until 1966. Between 1970 and 1999, the SPO has ruled the country either alone or in conjunction with the OVP, except from 1983-86, when it governed in coalition with the Freedom Party. In 1999, the OVP formed a coalition with the right wing-populist Freedom Party (FPO). The SPO, which was the strongest party in the 1999 elections, and the Greens now form the opposition. As a result of the inclusion of the FPO on the government, the EU imposed a series of sanctions on Austria. The U.S. and Israel, as well as various other countries, also reduced contacts with the Austrian Government.

09/2006:

POLITICAL CONDITIONS

... (s. oben) ...

After a period of close observation, the EU lifted sanctions, and the U.S. revised its contacts policy. In the 2002 elections, the OVP became the largest party, and the FPO's strength declined by more than half. Nevertheless, the OVP renewed its coalition with the FPO in February 2003. The next national elections will be held on October 1, 2006.

d) Länderberichte über Human Rights Practices

In den Länderberichten kommen die rassistischen Kampagnen der Freiheitlichen, ihre Regierungsbeteiligung, die EU-“Sanktionen“ und ihre Aufhebung, die FPÖ-“Spitzelaffäre“ (FPÖ-Politiker wurden verdächtigt, Polizeibeamte für vertrauliche Informationen über politische GegnerInnen bezahlt zu haben), Haiders “Einschüchterungsklagen gegen Medien und KritikerInnen, seine antisemitischen Äußerungen, und nicht zuletzt seine Missachtung des Spruchs des Verfassungsgerichtshofs in der Causa der zweisprachigen Ortstafeln in Kärnten zur Sprache. Ebenfalls Gegenstand des Berichts: Österreichs restriktive Einwanderungs- und Asylpolitik.

2000 (23. 2. 2001):

The Government generally respected the human rights of its citizens, and the law and judiciary provide effective means of dealing with individual instances of abuse. There were some reports of abuse by police, which involved occasional beatings but mainly involved verbal abuse and threats. Inclusion of the FPO in the Government was met with widespread, generally peaceful protests in Vienna and other large cities throughout the country. Many human rights organizations and minorities feared that the country's general climate of tolerance and respect for ethnic and religious diversity would worsen. This resulted in a sharp increase in attention to and scrutiny of the country's human rights situation by foreign governments, the Council of Europe, other European Union (EU) member states, and nongovernmental organizations (NGO's). A number of reports published by such observers expressed concern about ambiguous racist and/or xenophobic comments of senior FPO leaders, which it was feared would legitimize intolerance aimed at minority groups. In September a group of 3 human rights experts selected by the President of the European Court of Human Rights, as accepted by the other 14 members of the EU, released a report on the

situation of minorities, refugees, and immigrants in the country, which concluded that appropriate legal protection was available for these groups. The new Government passed a comprehensive promminority rights bill providing expanded constitutional protections for the six officially recognized minorities.

Section 2 Respect for Civil Liberties, including:

a. Freedom of Speech and Press

... Several FPO politicians have been accused of paying police officers to obtain confidential information in order to discredit opponents of the FPO. An investigation is underway under the auspices of an independent committee. A number of officers have been suspended pending the completion of the investigation. Since 1986 Joerg Haider, the former FPO leader and current governor of Carinthia, has engaged in over 350 libel suits against media outlets and individuals. Following the negative reaction to the FPO's inclusion in the Government, Haider called for the prosecution of deputies critical of the Government under a provision of the Criminal Code. Justice Minister Dieter Boehmdorfer (FPO) received extensive criticism for his initial support for this measure.

Section 5 Discrimination Based on Race, Sex, Religion, Disability, Language, or Social Status

National/Racial/Ethnic Minorities

... During the national election campaign, the Freedom Party exploited the fears of many citizens that EU expansion and a continued influx of asylum seekers and refugees from the Balkans and other areas would result in uncontrolled immigration. The Vienna FPO chapter widely distributed placards carrying anti-immigrant slogans, including a call to stop "over-foreignization."

2001 (4. 3. 2002)

Section 2 Respect for Civil Liberties, including:

a. Freedom of Speech and Press

The Constitution provides for freedom of the press, and the Government generally respected this right in practice; however, stringent slander laws tend to discourage reports of police brutality, and foreign observers--including the European Court of Human Rights--criticized the use of libel procedures to protect politicians, which they argue hampered freedom of speech and the press. For example, since 1986 Joerg Haider, Governor of Carinthia and former FPO national leader, has engaged in over 350 libel suits against media outlets and individuals. A conviction for libel by a criminal court cannot be appealed to the Supreme Court. Judgments for appeals are handed down by an appeals court, which does not rely on case law for its decisions; that has resulted in claims that appeals courts were inconsistent in their judgements on libel cases.

In 2000 several FPO politicians were accused of paying police officers to obtain confidential information in order to discredit opponents of the FPO. In May the cases against 8 of 20 FPO-affiliated policemen in Vienna were dropped due to insufficient evidence. Ten cases remained pending at year's end. By year's end, of 13 original charges filed against the Vienna FPO leader Hilmar Kabas, 9 had been dropped. Critics claim that justice authorities were not actively pursuing the investigation due to the involvement of politicians connected with the Government. A number of officers were suspended pending the completion of the investigation.

...

c. Freedom of Religion

... The Governor of Carinthia, Joerg Haider, repeatedly has made intolerant and anti-Semitic statements, including verbal attacks against the head of the Jewish community, Ariel Muzicant, and a prominent Jewish-American campaign advisor to the Vienna local elections in March. Although Haider repeatedly follows such statements with expressions of regret, his statements contribute to the widespread belief that he and some extreme elements of the FPO have contributed to a climate of intolerance in the country (see Section 5). Muzicant has filed several lawsuits against Haider for slander as a result of the comments. In May he won a preliminary court order in one suit; the rest of the cases were pending at year's end.

Section 5 Discrimination Based on Race, Sex, Religion, Disability, Language, or Social Status

National/Racial/Ethnic Minorities

... In December the Constitutional Court ruled that the standard should be only 10 percent; the Court cited international and historical precedence as its reasoning. The Government responded to the ruling by stating that it would submit implementing legislation to Parliament in 2002. The Governor of Carinthia, Joerg Haider, announced that he would not honor the Court's decision and alleged that the President of the Constitutional Court was influenced unfairly by Slovene groups.

... During 2000 regional election campaigns, the FPO attempted to exploit the fears of many citizens that EU expansion and a continued influx of asylum seekers and refugees from the Balkans and other areas would result in uncontrolled immigration. The Vienna FPO chapter widely distributed placards carrying anti-immigrant slogans, including a call to stop "over-foreignization." These campaigns failed to garner widespread support among the electorate and have been criticized heavily by human rights groups for contributing to an atmosphere of intolerance.

2002 (31. 3. 2003)

Section 2. Respect for Civil Liberties, including:

a. Freedom of Speech and Press

The Constitution provides for freedom of speech and the press, and the Government generally respected these rights in practice; however, the strict application of slander laws tend to discourage reports of police brutality, and foreign observers--including the European Court of Human Rights--criticized the use of libel procedures to protect politicians, which they argue hampered freedom of speech and the press. For example, since 1986 Joerg Haider, Governor of Carinthia and former Freedom Party (FPO) national leader, engaged in over 350 libel suits against media outlets and individuals. A conviction for libel by a criminal court cannot be appealed to the Supreme Court. Publications may be removed from circulation if they violate legal provisions concerning morality or public security, but such cases were extremely rare.

In 2000 several FPO politicians were accused of paying police officers to obtain confidential information in order to discredit opponents of the FPO. In September former FPO Trade Unionist Joseph Kleindienst and former Vienna FPO Secretary Michael Kreissl both received suspended sentences of 6 months each. Kreissl appealed the decision. Critics claimed that justice authorities did not actively pursue the investigation due to the involvement of politicians connected with the Government.

c. Freedom of Religion

... The Governor of Carinthia, Joerg Haider, repeatedly made intolerant and anti-Semitic statements, including verbal attacks against the head of the Jewish community, Ariel Muzicant, and a prominent Jewish-American campaign advisor to the Vienna local elections in March 2001. Although Haider repeatedly followed such statements with expressions of regret, his statements contribute to the widespread belief that he and some extreme

elements of the FPÖ have helped foster a climate of intolerance in the country. Muzicant has filed several lawsuits against Haider for slander as a result of the comments. In January Muzicant and Haider settled their legal disputes with a joint declaration that includes five "statements of respect," and stipulates that Haider withdraw his slanderous remarks. On April 3, the Jewish and Islamic communities released a joint statement calling for an end to the violence in the Middle East. The declaration voiced concern for the recent spread of violence between Jews and Muslims in Europe. The statement was organized by government officials and viewed as a symbol of the tolerance and history of cooperation between Jews and Muslims in the country.

d. Freedom of Movement Within the Country, Foreign Travel, Emigration, and Repatriation

In principle asylum applicants are entitled to federal assistance for food, shelter, and medical care (provided that a person's identity can be determined). However, the Federal Care Provisions Act specifically states that there is no corresponding legal right for applicants. The result was that asylum applicants denied assistance have no legal recourse.

In the past, the Government effectively granted assistance to only one-third of all asylum applicants who faced financial hardship. However, in a controversial decree that took effect on October 1, the Interior Ministry prohibited members of certain nationalities from state shelters while their asylum claims were being adjudicated. In October asylum seekers conducted hunger strikes and sit-down protests in a refugee camp to protest the rules.

Section 5. Discrimination Based on Race, Sex, Disability, Language, or Social Status

National/Racial/Ethnic Minorities

The law recognizes six national minority groups: Croats, Czechs, Hungarians, Roma, Slovaks, and Slovenes. In the past, any community where at least 25 percent of the population belonged to one of these groups was entitled to bilingual town signs, education, media, and access to federal funds earmarked for national minorities. In December 2001, the Constitutional Court ruled that the standard should be lowered; the Court cited international and historical precedent in its reasoning. The Government responded to the ruling by stating that it would submit implementing legislation to Parliament. After the Governor of Carinthia, Joerg Haider, announced that he would not honor the Court's decision and alleged that the President of the Constitutional Court was influenced unfairly by Slovene groups and stating that the court had exceeded its authority by setting a limit, the Government hosted several conferences on the problem in an attempt to come to a national consensus. At year's end, there was no decision on implementation of the court's finding. Bilingual town signs existed in other provinces as well.

2003 (25. 2. 2004)

Section 2 Respect for Civil Liberties, including:

a. Freedom of Speech and Press

... In March, the Vienna Appellate Court lifted the verdicts against former FPÖ trade unionist Joseph Kleindienst and former Vienna FPÖ Secretary Michael Kreissl for bribing police in 2000. The case was referred back to the court of first instance, which held its first session on the case in December.

d. Freedom of Movement Within the Country, Foreign Travel, Emigration, and Repatriation

... In October, Parliament passed an amendment to the asylum law aimed at expediting the processing of asylum claims. The new law, which is scheduled to take effect on May 1, 2004, is expected to require a first determination within 48-72 hours of filing a claim, limit the right of appeal, and provide no guarantee that an asylum applicant will stay in the country during the appeals process. The new law also would stop the practice of taking asylum claims at land borders and introduce a list of "safe countries of transit." Opposition groups and NGOs have criticized the law

as unconstitutional because it curtails the authority of the independent Asylum Senate and compromises the principle of individual investigation of claim.

... Since 2002, the Government has contracted with a private German agency, European Homecare, to provide counseling to unsuccessful asylum applicants, encouraging them to return to their country of origin. As of July, this private agency was under contract to provide care and maintenance at residential facilities for asylum seekers. The Government was criticized for this privatization following a confrontation in one of the main centers for asylum seekers in August, which led to the death of a Chechen man.

In the past, the Government effectively granted assistance to only one-third of all asylum applicants who faced financial hardship. However, in a controversial decree that took effect in October 2002, the Interior Ministry prohibited members of certain nationalities from state shelters while their asylum claims were being adjudicated. Human rights groups, such as Caritas and Protestant Relief organizations, have been accommodating refugees turned away by the Government and have been involved in legal proceedings to recover costs. Following an August ruling by the Supreme Court, in connection with a family from Georgia expelled from state housing, the Government ceased implementing the directive.

Section 5 Discrimination Based on Race, Sex, Disability, Language, or Social Status

National/Racial/Ethnic Minorities

The law recognizes six national minority groups: Croats, Czechs, Hungarians, Roma, Slovaks, and Slovenes. In the past, any community where at least 25 percent of the population belonged to one of these groups was entitled to bilingual town signs, education, media, and access to federal funds earmarked for national minorities. At year's end, there was no decision on implementation of the 2001 Constitutional Court ruling ordering the lowering of the standard. The next consensus conference is scheduled to take place after the Carinthian provincial elections in March 2004. Bilingual town signs existed in other states as well.

The Slovenian minority in Carinthia complained that the Government withdrew funding of a private, Slovene-language radio station. The Government stated it intended to redirect that funding to other Slovene-language programming. In December, ORF and Slovene minority representatives reached a compromise. ORF agreed to provide 8 hours of radio programming per day while the two Slovene-language stations will receive \$308,000 (246,000 euros) annually to cover the remaining sixteen hours. In December, the local government in the state of Styria agreed to allocate a seat on its advisory council on minority issues to a representative of the Styrian Slovenes.

2004 (28. 2. 2005)

Section 2 Respect for Civil Liberties, including:

a. Freedom of Speech and Press

... The case involving FPO trade unionist Joseph Kleindienst and former Vienna FPO Secretary Michael Kreissl, accused of bribing police in 2000, concluded in February. The court acquitted both Kleindienst and Kreissl on all charges.

d. Freedom of Movement Within the Country, Foreign

... On May 1, a new asylum law entered into force, aimed at expediting the asylum claim process by requiring a first determination to be made within 72 hours of the filing of a claim. Under the new law, applicants whose claims are found to be unjustified can be deported. All other applications are to be forwarded to the Federal Asylum Office for further review. If the adjudicator at the Federal Asylum Office believes the claim to be "manifestly unfounded," or the applicant has a previous asylum request refusal on record and has not submitted significant new information or grounds, the adjudicator is required to refuse the asylum claim. These rejected applicants have limited rights of

appeal and no guarantee they can remain in the country during the appeals process. The new law also stops the practice of accepting asylum claims at land borders and introduces a list of "safe countries of transit."

In October, in a legal challenge to the new asylum law, the Supreme Court upheld the law, but struck down certain provisions as unconstitutional. These included the provisions that in Dublin cases allowed the prompt removal of an applicant during the appeal process and the provision that automatically placed persons filing follow up applications in deportation detention. While endorsing the law's general limitation on the presentation of additional evidence in the appeals process, the court ruled that no such limit should apply in cases involving torture victims.

... The Government contracted with a private company, European Homecare, to provide counseling to asylum applicants throughout the asylum process and encouraged them to return to their country of origin if their claims were denied. Since July 2003, this company also provided care and maintenance for asylum seekers at residential facilities. There have been accusations of injury, violence, and death occurring at centers operated by European Homecare. For example, in January, a female asylum seeker in Traiskirchen refugee camp alleged that a guard raped her. In March, the public prosecutor's office suspended its investigations citing a lack of grounds on which to initiate criminal charges.

The new asylum laws define "government care" as a form of voluntary support provided by the Government in cooperation with the states, municipal authorities and relief organizations. The maximum number of persons who qualified because of financial hardship (asylum seekers and otherwise needy applicants) was estimated at approximately 16,000. After lengthy negotiations between the Government and the states, the two sides agreed on a quota of how many qualified individuals each state would house and on the division of costs. At year's end, only two of the nine states met their required quotas. States argued that the numbers of affected applicants far exceeded the original estimates. At a special meeting of state governors in September it was agreed that a more precise definition of criteria for needy applicants was needed. Followup meetings occurred in November and early December, but most states still have yet to provide additional housing.

Section 5 Discrimination, Societal Abuses, and Trafficking in Persons

National/Racial/Ethnic Minorities

The law recognizes six national minority groups: Croats, Czechs, Hungarians, Roma, Slovaks, and Slovenes. In the past, any community where at least 25 percent of the population belonged to one of these groups was entitled to bilingual town signs, education, media, and access to federal funds earmarked for national minorities. As of September, there was still no decision on implementation of the 2001 Constitutional Court ruling ordering the lowering of the standard.

2005 (8. 3. 2006)

Section 2 Respect for Civil Liberties, including:

d. Freedom of Movement within the Country, Foreign Travel, Emigration, and Repatriation

... In May 2004 a new law entered into force that expedited the asylum claim process by requiring a first determination to be made within 72 hours of the filing of a claim; this is part of the initial 20-day screening set up to determine whether a claim is justified. The government may deport applicants whose claims are found to be unjustified, including in cases where an applicant has asked for asylum in a third country or filed follow-up applications. All other applications are to be forwarded to the federal asylum office for review. In October 2004 the Supreme Court struck down certain provisions of the new law as unconstitutional. The Federal Assembly amended the law in July to address these concerns, but the Human Rights Advisory Council has criticized provisions in the new law that facilitate the removal of applicants who do not qualify for asylum.

Section 4 Governmental Attitude Regarding International and Nongovernmental Investigation of Alleged Violations of Human Rights

... The law recognizes Croats, Czechs, Hungarians, Roma, Slovaks, and Slovenes as national minority groups and requires any community, where at least 25 percent of the population belongs to one of these groups, to provide bilingual town signs, education, media, and access to federal funds earmarked for such minorities. The law affects 148 communities. At year's end the government had not reached a decision on implementation of a 2001 Constitutional Court ruling on lowering the 25 percent threshold. The law does not provide these rights to other minority groups, such as Turks, which the government does not recognize as indigenous minorities. However, the government provided a wide range of language and job promotion courses. In December the Constitutional Court ruled that the state of Carinthia must install bilingual town signs in German and Slovene.

e) Berichte über Religionsfreiheit

Die Berichte über Religionsfreiheit sprechen regelmaessig antisemitische Aussagen von Haider sowie den in Österreich verbreiteten Antisemitismus an.

2001 (26. 1. 2001), 2002 (7. 10. 2002)

Section II. Status of Religious Freedom

Restrictions on Religious Freedom

The former head of the Freedom Party (FPO) and current Governor of Carinthia, Joerg Haider, repeatedly has made intolerant and anti-Semitic statements. These included verbal attacks against the head of the Jewish Community and a prominent Jewish-American campaign advisor prior to the Vienna local elections in March 2001. Although Haider repeatedly followed such statements with expressions of regret, his statements contributed to the widespread belief that he and some extreme elements of the FPO have contributed to a climate of intolerance in the country.

Section IV. U.S. Government Policy

... In March 2001, the U.S. Government issued a statement that strongly criticized Joerg Haider's verbal attack against the leader of the country's Jewish community.

2003 (18. 12. 2003)

Section III. Societal Attitudes

... The Austrian Jewish Community (IKG) is facing severe financial problems and has requested additional subsidies from the Government. The IKG rejected offers by the Government for interest-free loans, stating the solutions offered were inadequate and did not address the community's long-term financial problems. In a public interview, the head of the Jewish community complained about latent anti-Semitism that occasionally surfaces in the form of phone threats and verbal assaults.

3.2. Die politische “Hinterbühne” und Bühnen parallel zur Politik: Interessengruppen – Wirtschaft und Tourismus – Bildung, Wissenschaft und Kultur

(a) Interessengruppen: Jüdische Stimmen

Da eines der Hauptbedenken gegen die FPÖ und ihre Regierungsbeteiligung ihrer unklaren Stellung zur NS-Vergangenheit galt, ist die Reaktion der Gruppe von besonderer Bedeutung, die am meisten unter dem NS-Regime gelitten hat. Daher wird sich der folgende Abschnitt mit den Reaktionen der wichtigsten jüdischen Organisationen in den USA, des American Jewish Committee (AJC) und der Anti-Defamation League (ADL), befassen.

Im Februar 2000 brachte die ADL in Presseaussendungen ihre Betroffenheit über die neue Regierung in Österreich zum Ausdruck. Sie begrüßte es, dass die Regierung ein Bekenntnis zu den Menschenrechten abgelegt und mit Programmen zur Entschädigung von Holocaust-Opfern begonnen hat. ADL kündigte die Beobachtung der Regierung an, bot aber auch die Beratung der Regierung für Programme zur Vorurteilsbekämpfung und zur Aufklärung über den Holocaust an, und sie sprach sich gegen jegliche Isolierung Österreichs aus.

Die ADL begrüßte auch die Aufhebung der EU-„Sanktionen” gegen Österreich im September 2000 sowie die Wiederherstellung der vollen diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Israel im Juli 2003:

Presseaussendung vom 28. 2. 2000:

The Anti-Defamation League has watched the political situation in Austria with great concern. After meeting with elected officials, including President Thomas Klestil, we remain deeply concerned about the decision by Chancellor Wolfgang Schuessel to include Joerg Haider’s Freedom Party as part of his coalition. This alliance has polarized and split the Austrian people and driven the country into international isolation. In an effort to allay international concerns, the government has signed human rights declarations and has made overtures toward establishing a program to compensate Holocaust victims.

These are admirable first steps, but first steps only. They do not provide lasting guarantees against the anti-immigrant and xenophobic goals that have long been championed by the Freedom Party – ideas that, if taken up with zeal, would only serve to further polarize and alienate Austria.

We will continue to monitor the progress of the new government. We will be watching for signs that Austria remains committed to an open, prejudice free society that does not discriminate based on ethnicity, religion or social status, or pander to base xenophobic fears.

We will not seek to isolate Austria; instead, we stand behind the majority of Austrians who did not vote for Mr. Haider or for this coalition. Most importantly, we will seek to forge a partnership with the Austrian educational system. To that end we have been asked to share our expertise in anti-bias programs and Holocaust education initiatives in an effort to implement similar programs in schools across Austria.

Presseaussendung vom 12. 9. 2000:

We believe the European Union has made the right decision in lifting diplomatic sanctions against Austria.

ADL condemned the entry of the Freedom Party, then under the leadership of [Joerg Haider](#), into the ruling governing coalition in February 2000. We had long been concerned by the steadily increasing support for the Freedom Party, and were dismayed that given Austria's history a significant portion of its population was ready to embrace a party and leadership that espouse xenophobic, nativist and insensitive positions and statements. However, we believed that diplomatic and economic sanctions were not the most constructive way to deal with this phenomenon. Instead, ADL encouraged grassroots engagement with the 73 percent of the Austrian voting public who did not vote for Mr. Haider.

We are encouraged that in the months since the Freedom Party's entry into government the majority of the Austrian public has stood strong and made it clear that they reject racism, xenophobia and anti-Semitism. With the lifting of sanctions, we trust that the international community will continue to closely monitor the situation in Austria and encourage those efforts promoting tolerance and understanding.

We hope and believe that the Austrian Government will seize this opportunity to turn this controversy into a proactive and productive examination of its history and legacy. Only with an unflinching study of the lessons of history can the Austrian public become less susceptible to the politics of exclusion and become a more tolerance and sensitive society

Presseaussendung vom 30. 7. 2000:

The Anti-Defamation League (ADL) today welcomed Israel's decision to re-establish full diplomatic ties with Austria, which were broken in February 2000 when the ultra-right wing Freedom Party of Joerg Haider joined the coalition government. Israel announced its decision during the visit of Austrian Foreign Minister Benita Ferrero-Waldner on July 29, the first high-level official visit in three years.

"We believe Israel has made the right decision to resume diplomatic ties with Austria," Abraham H. Foxman, ADL National Director, said from Jerusalem where he is with a delegation of ADL national and regional leadership. "ADL has long believed that diplomatic and economic sanctions were not the most constructive way to express concern about the role of Haider's Freedom Party in Austrian politics."

Mr. Foxman added that, "with the re-establishment of Israel's diplomatic ties with Austria, we trust that the international community will continue to closely monitor the situation in Austria and encourage those efforts promoting tolerance and understanding."

When the Freedom Party, then under the leadership of Joerg Haider, entered the ruling governing coalition in February 2000, ADL was dismayed that given Austria's history, a significant portion of its population was ready to embrace a party and leadership that espouses xenophobic, nativist and insensitive positions and statements. However, rather than support sanctions, ADL encouraged grassroots engagement with the 73 percent of the Austrian voting public who did not vote for Mr. Haider.

ADL has been encouraged that although the Freedom Party remains in the government, the majority of the Austrian public has stood strong and made it clear that they reject racism, xenophobia and anti-Semitism.

Das AJC begrüßte die EU-“Sanktionen“ und die Einschränkungen der diplomatischen Beziehungen mit Österreich durch die USA, und es selbst stellte die öffentlichen Kontakte mit der Regierung ein, forderte aber wiederholt zur Zusammenarbeit mit oppositionellen Gruppen in Österreich auf:

Presseaussendung vom 1. 2. 2000:

The American Jewish Committee today commended the European Union for its firm stance against Austria's Freedom Party. "We applaud the decision of the EU member states to terminate political contacts with Austria in the event of the Freedom Party's inclusion in the next government," AJC President Bruce M. Ramer and Executive Director David A. Harris wrote in a letter to Portuguese Prime Minister Antonio Guterres. Portugal is the current president of the -member EU.

"The EU's forthright and principled response on a matter of great importance to defenders of human rights and tolerance everywhere is deeply appreciated," the AJC said.

Following Austria's national elections last fall, AJC urged Austria's political leaders to exclude the Freedom Party, led by Joerg Haider, from negotiations to form a coalition government.

"In no nation should a racist party be given sanctuary – and encouragement – at the seat of power in a governing coalition," said Mr. Harris.

In their letter to the EU sent today, Messrs. Harris and Ramer agreed with the EU "assessment that the Freedom Party's ideology does not comport with the basic values that unite democratic forces across national boundaries." They also commended the EU for vigorously opposing, through democratic means, individuals and institutions that threaten those values.

Presseaussendung vom 5. 5. 2000:

The February inclusion of Joerg Haider's far-right Freedom Party in Austria's new governing coalition – the result of parliamentary elections in which the party finished second with percent of the vote – continues to send a chill throughout Europe and around the world. The other states of the European Union responded with unprecedented diplomatic sanctions, signaling alarm at the seeming legitimacy conferred on a party that has espoused openly racist and xenophobic themes and only slightly veiled anti-Semitic ones, and that has repeatedly rejected calls for Austria to address its Holocaust-era past.

In addition to the ongoing EU sanctions, the United States has limited its high-level contacts with Austria, the U.S. House of Representatives has approved a resolution condemning statements by the Freedom Party leader, and Israel has recalled its ambassador. The American Jewish Committee, in a February , , declaration and in other statements, has denounced the Freedom Party's appeal to intolerance and publicly welcomed EU policy and other acts of censure as important signs that intolerance and xenophobia must be confronted wherever they arise – at the political fringe or at the center of power.

Since the formation of the new government in Vienna, AJC has consulted closely with Austrian Jewish community leaders, who remain supportive of the EU sanctions. These leaders report that Freedom Party representatives continue to disparage Holocaust restitution efforts, and that party figures harass them. Spokesmen for other European Jewish communities, including European Jewish Congress President Henri Hajdenberg, have also voiced their support for the EU policy.

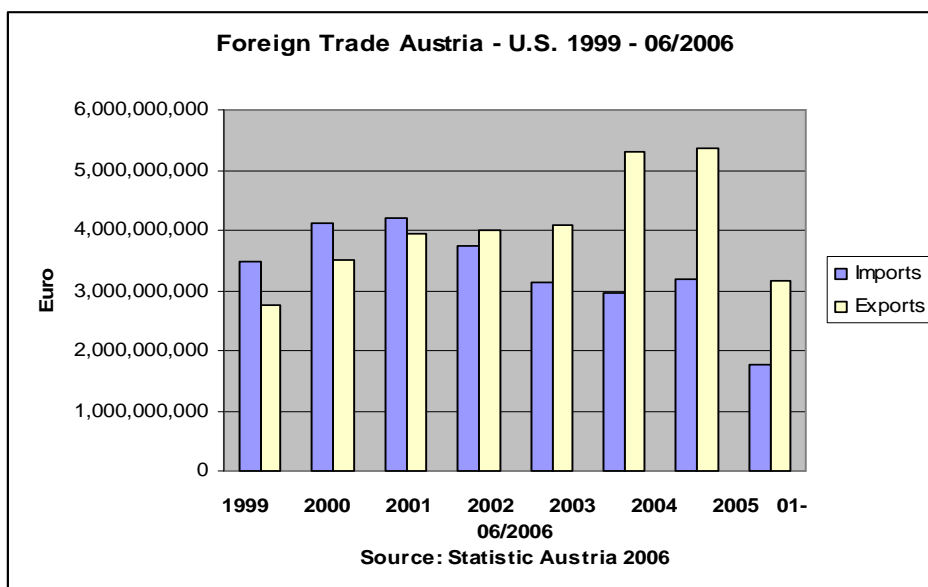
In light of the foregoing – and in the belief, rooted in the terrible history of this century, that lethal ideology must be confronted lest it yield lethal action – the National Council of the American Jewish Committee hereby resolves to

- reaffirm its condemnation of the intolerant and xenophobic views expressed by Joerg Haider and promulgated by the Freedom Party;
- reassert support for the European Union sanctions undertaken against the Austrian government;
- welcome and seek avenues of cooperation with Austrian groups and individuals opposed to the ideology of the Freedom Party and committed to a full reckoning by Austria with the facts and obligations of its World War II-era history, demonstrating solidarity with the hundreds of thousands of Austrians who marched in protest after the February coalition was announced;
- suspend public AJC contacts with the Austrian government and maintain a policy of excluding Austrian diplomats from formal programs and events; and
- call on other American Jewish organizations, as well as organizations representing other ethnic and religious constituencies, to pursue similar policies to demonstrate universal opposition to the political success and enfranchisement of intolerance in Austria.

The American Jewish Committee will continue to monitor developments in Austria, maintain close contact with the Austrian Jewish community, and assist in publicizing and disseminating information on these developments in the United States.

(b) Wirtschaft und Tourismus

Österreichischen Medienberichten zufolge hat die Bildung der Mitte-Rechts-Koalition in Österreich spürbare kurzfristige Auswirkungen auf den Außenhandel und den Auslandstourismus, z. B. die Stornierung von Aufträgen, Kampagnen für einen Boykott von Tourismusdestinationen im Österreich und insbesondere ins „Haider-Land“ Kärnten oder Absagen von Österreich-Urlauben (derStandard-online 02/01/2000 ff).



Empirisch lässt sich das jedoch sehr schwer nachweisen: aggregierte Langzeitdaten über den *Außenhandel* zwischen Österreich und den USA erfassen solche Kurzeffekte nicht. Die verfügbaren Daten zeigen eine Zunahme der Exporte von Österreich in die USA für das Jahr 2000. Selbst wenn es Schwankungen in den Daten gibt, stößt der Versuch einer kausalen Zurechnung auf Probleme, da es sehr schwierig ist, andere Faktoren zu kontrollieren, die ebenfalls für den Effekt verantwortlich sein könnten, etwa konjunkturelle Schwankungen oder Veränderungen der Wechselkurse (Interview mit Mag. M. Friedl, Leiter der Austrian Trade Commission, Washington DC).

Dem vom Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft herausgegebenen Österreichischen Jahrbuch des Außenhandels 2000/ 2001 zufolge “the political measures of the EU-14 against Austria in 2000 did not harm the Austrian foreign trade. The Austrian exports to members of the EU - which account for two thirds of the total exports - increased by 13,9%. The imports from the EU region rose by 11,2%. The merchandise trade deficit declined from ATS 94,4 bill. (EUR 6,86 bill.) in 1999 to ATS 95,6 bill. (EUR 6,94 bill.) in 2000” (BMWA 2001: 14).

Auf Grund dieser Sachverhalte und nach weiteren Gesprächen mit Peter Gatscha und Christian Kesberg von der Austrian Trade Commission sowie mit Gisbert Mayr von der Austrian Business Agency in New York City, drängt sich folgende Schlussfolgerung auf: Angesichts der Tatsache, dass die mir vorliegenden Daten für die kritische Periode des Jahres 2000 eher das Gegenteil der auf Grund der angeführten Medienberichte zu erwartenden Entwicklung nahelegen, und da die relevanten im USA-Geschäft aktiven Unternehmungen Grossunternehmen mit langfristigen Geschäftsbeziehungen sind und sich die Entscheidungsträger solcher Firmen eher ökonomisch rational verhalten und mehr von Preisdifferenzen als von moralischen Urteilen leiten lassen, ist davon auszugehen, dass der Regierungswechsel in Österreich im Jahr 2000 keinen signifikanten Effekt auf die Entwicklung des Außenhandels hatte.

Im Bereich des *Tourismus* kann man hingegen eher mit Akteuren rechnen, die weniger durch ökonomisches Kalkül und mehr durch moralische Urteile geleitet und durch politische Appelle beeinflussbar sind. In Europa hatte der belgische Außenminister Louis Michel einmal ausdrücklich zum Österreich-Boycott aufgefordert, und Medienberichten zufolge haben

insbesondere niederländische TouristInnen sehr empfindlich auf die Regierungsbeteiligung der freiheitlichen Partei in Österreich reagiert. Ähnliches soll sich, Medienberichten zufolge, auch in den USA zugetragen haben:

„... Eva Draxler, spokeswoman for the Vienna Tourist Board, acknowledged that as of Feb. 21, 20,000 overnight stays in Vienna had been canceled for this year, and a further 10,000 for the year 2001. ... 'There is disruption,' Ms. Draxler said, 'but not to the extent we expected.' In Europe, she said, the strongest reactions were in Belgium, France and Portugal. Belgian school authorities quickly ordered school ski trips to Austria canceled, and the foreign minister, Louis Michel, made his widely quoted statement that it would be immoral to ski in Austria this winter. In reaction, the Austrian secretary of state for tourism, Mares Rossmann, a political ally of Mr. Haider's, appealed to Austrians to boycott Belgian chocolate -- prompting Belgian youths who took part in the anti-government demonstration in Vienna in February to hand out chocolates.

Some travel agents in the United States and elsewhere have detected a shift away from Austria. 'Our bookings are a little more mixed than usual,' said Julia Ann Liantonio, spokeswoman for the Euro Lloyd travel agency in New York, which specializes in trips to Central Europe. While Austria remains the agency's most popular ski destination, she said, bookings to Switzerland and Germany are up" (NYT 19.03.2000).

Laut Auskunft von M. Gigl, Regionalmanager des Austrian National Tourist Office in New York, (Telefoninterview am 17.05.2007) waren diese Reaktionen jedoch deutlich schwächer als angesichts der Waldheim-Affaire 1988: Es habe nur vereinzelt Protestäußerungen von KundInnen gegeben, die kolportierten 20.000 Stornos belaufen sich auf nicht einmal 1,5 % des jährlichen Gästevolumens, und das Jahr 2000 sei in Summe ein sehr erfolgreiches Jahr für den US-Tourismus nach Österreich gewesen.

(c) Bildung, Kultur und Wissenschaft

In diesem Bereich gab es aufgrund der besonderen Sensibilität der Akteure die heftigsten Reaktionen auf die Beteiligung der FPÖ an einer österreichischen Regierung. Laut Zeitungsberichten wurden unmittelbar nach dem Antritt der Mitte-Rechts-Koalition in Österreich Einladungen von Schulklassen in andere Länder zurückgenommen, und manche Schüler wurden sogar während ihres Auslandsaufenthalts in Europa mit kritischen Fragen und Vorwürfen konfrontiert:

Laut einer Parlamentarischen Anfrage (363/J XXI. GP) des Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Antoni (SPÖ) wurde „... aufgrund der aktuellen politischen Situation in Österreich der für März geplante Besuch einer 7. Klasse des Gymnasiums Rainergasse in Wien 5 in einer Privatschule bei Paris kurzfristig abgesagt. Gleichzeitig hat laut Pressemeldungen die Tourismusfachschule ‚Alain Fournier‘ in Verdun den Besuch bei der Höheren Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Berufe und Tourismus in der Berghaiden - Gasse in Wien 13 ‚aus Sicherheitsgründen‘ platzen lassen. Ebenso wurde bekannt, dass im Bundesrealgymnasium Klagenfurt ein Sprachaufenthalt in Frankreich gefährdet sei.“

Mit der Frage konfrontiert, wie viele Schulen von solchen Absagen betroffen waren, hat die damalige Bildungsministerin E. Gehrler versucht, das Problem herunterzuspielen (376/AB XXI. GP): „Im Rahmen der europäischen Bildungskooperation (SOKRATES, COMENIUS 1) laufen gegenwärtig österreichweit 365 Projekte. Bei keinem der 365 laufenden Projekte ist es zu einer Unterbrechung der Teilnahme einer österreichischen Schule gekommen“.

Belege dafür, dass es in den USA zu entsprechenden Beeinträchtigungen des SchülerInnen- und StudentInnenaustausches gekommen ist, konnten nicht gefunden werden.

Die Kulturwelt von Wissenschaft und Kunst war hinsichtlich der Situation in Österreich gespalten. Einige KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen demonstrierten öffentlich ihre Unzufriedenheit mit der politischen Situation in Österreich und sagten ihre Auftritte oder Vorträge ab:

“Prominent figures like ... the actress Catherine Deneuve refused to attend the elegant Vienna Opera Ball on March 2; Gerard Mortier, the innovative Belgian artistic director of the venerable Salzburg Festival, made noises about resigning before his announced resignation date; and the Austrian pianist Andras Schiff, who was scheduled to play at the Vienna Festival this summer, announced his intention of canceling his Austrian appearances one by one until the political situation was more to his liking. The rock singer Lou Reed also canceled an appearance scheduled for later this year” (NYT 3/19/2000; also reported by Maga. M. Ploder, Director of the Austrian Culture Forum in Washington DC).

“Raimund Abraham, the architect who designed the new Austrian Cultural Institute in New York has announced to give up his Austrian citizenship” (Phillips 2000); und Abraham hat dann tatsächlich “applied for American citizenship” (Schollhammer 2000, im Gespräch auch bestätigt von Gerhard Aichinger vom Austrian Culture Forum in New York City).

A. S. Markovits’ Kommentar in der Frankfurter Rundschau (Markovits 2000) ist ein gutes Beispiel für eine regierungskritische Reaktion eines U.S.-amerikanischen Wissenschafters:

Für Markovits haben die EU-Staaten mit ihren Massnahmen “... established a yardstick of historical significance”, und Europa hat “made its second step towards emancipation after the war against Milosevics’s Serbia”. Der Hauptgrund für die kollektive Abscheu: Österreich “has never had a critical look at its past”, und erst das habe Haider, den Erfolg der FPÖ und Schüssels Entscheidung, mit der FPÖ ein Regierungsbündnis einzugehen, möglich gemacht. Die Hauptverantwortung liege aber, so Markovits weiter, bei Kreisky – dem “Jewish anti-Semite”, der das bürgerliche Lager spalten wollte, in dem er der FPÖ und ihren ex-SS-Politikern eine Bühne gab. Markovits ist davon überzeugt, dass dieser “moral symbolism” langfristig wirken wird und “will indicate the direction also for other EU members states”. Abschliessend gibt er seiner Hoffnung Ausdruck, dass die EuropäerInnen “will have enough courage to express their abhorrence even when they are faced with bigger states like Germany or France”.

Andere WissenschaftlerInnen sprachen sich gegen die “Sanktionen” und die “scheinheilige Einmischung” in Österreich aus. Sie stellten in Frage, dass Österreich ein Nazi-Land sei, sie relativierten die Vorwürfe gegen Österreich, indem sie das Land mit anderen europäischen Staaten und mit den USA verglichen, sie zeigten die politischen und sozialen Probleme

Österreichs auf, die Haider Erfolg erst möglich gemacht hätten, und sie warnten vor den potenziell kontraproduktiven Effekten einer Einmischung von außen. Drei signifikante Beispiele:

- Der Essay über Österreich von L.R. Johnson, veröffentlicht in den Working Papers of the CAS an der Universität von Minnesota (Johnson 2000), gibt eine detailliertere Analyse der innenpolitischen Situation, die Haider Erfolg möglich gemacht hat:

Johnson stellt das Programm der neuen Regierung als ziemlich normal dar – sie plane “... more privatization and is going to have to raise some taxes” und sie “(puts an) emphasis on ‘family policy’”. Auch ihre restriktive Einwanderungs- und Asylpolitik sei “... nothing new in the European Union”. Die Frage sei lediglich, ob FPÖ-Chef Haider “will let the FPÖ ministers in Vienna do their job”. Es bestehe aber durchaus Hoffnung, dass die FPÖ sich in eine „normale Partei“ entwickeln werde.

Um das “Phänomen Haider” zu erklären, nimmt Johnson auf die Mängel des bestehenden oligopolistischen zwei-Parteien-Systems und auf die Erosion der traditionellen politischen Lager in Österreich sowie auf die politische Neuorientierung der FPÖ - von “old right revisionism” zu “new right populism” - Bezug. Die Reaktion der EU-Staaten bezeichnet Johnson als “Überreaktion”, und er stimmt der NZZ zu, derzufolge “... the actual reason for the excitement in Western Europe are the domestic political situations”, nämlich der Aufstieg neurechter Bewegungen auf ihren eigenen Territorien. Er kritisiert die “Sanktionen” als unangebrachte Einmischung, die Haider den Vorteil einer Europäischen Bühne verschaffe. Johnson verweist zum Abschluss auf die Aktivitäten von Protest und Opposition in Österreich und schließt mit einer Entwarnung: “Neither dictatorship nor civil war are at the horizon.”

- Der Essay von T. Judt., veröffentlicht im “New York Review of Books” (Judt 2000), verschiebt den Schwerpunkt der Debatte auf den gesamteuropäischen Kontext:

Auch Judt findet “more than a hint of hypocrisy in the overreaction (der EU Staaten sowie des zivilen Protests, M.P.) to developments in Vienna”. Sicherlich seien die Situation in Österreich und die FPÖ im Besonderen problematisch, aber “... the Freedom Party is not a Nazi movement and Haider is not Hitler”, Haider sei vielmehr “an unhealthy byproduct ... of change”: für fast 40 Jahre war Österreich neutral und unberührt, ein gleichsam realsozialistischer “party state, where money, jobs and power are apportioned from above in accordance with party affiliation”. Erst vor Kurzem habe es “... joined the EU, aligned itself to the NATO and opened its frontiers and its economy to the winds of globalization”. Andererseits würden auch im Rest Europas 12 bis 18 % der WählerInnen “resentful xenophobic sentiments, particularly against immigrants” hegen, die traditionellen Konservativen zusammenbrechen und unter “corruption, clientelism and a loss of self confidence” leiden.

Judt führt weiter aus, dass gar keine Ursache für “Sanktionen” bestanden habe: die österreichische Regierung “... doesn’t even have a particular radical program”, und die EU “has institutions and treaties designed to serve this purpose (of protection of it’s values, M.P.)”. Außerdem würden die Europäischen Reaktionen nur der populistischen Kritik Nahrung liefern, dass Europa unter einem „Demokratiedefizit“ leide und die nationale Autonomie unterminiere.

Judt fasst seinen Essay mit einer Warnung zusammen: “A little less moral grandstanding, and rather more attention to the collateral costs of building the new European house, would be a better response to the crisis in Vienna. Otherwise we shall be hearing more from Mr. Haider – and not just of him”.

- R. Mitten's Essay über die Ereignisse in Österreich, veröffentlicht in den Center News of the Woodrow Wilson International Center for Scholars, New York (Mitten 2001) bereichert die Debatte um Reflexionen auf die Situation in den U.S.:

Auch Mitten spricht "the Freedom Party racist appeals" und "Haider's cynicism" an, er weist aber darauf hin, dass "... virtually every individual plank of the FPÖ electoral platform would be familiar to the voters of the United States" – seine "attacks on welfare cheats" ebenso wie "his party's appeals to ethnic hostility, even their invention of 'facts' ", und dass "Haider's 'Contract for Austria' and call for a 'flat tax' were taken directly from Republican politicians". Mittens Schlussfolgerung: "Haider is not a neo-Nazi".

Im Zusammenhang mit der Entwicklung Österreichs nach 1945 spricht auch Mitten von einer "Parteibuchwirtschaft" und "allen Spielarten von politischer Kleinkorruption", die mehr und mehr in Konflikt mit neuen Entwicklungen und neuen Ansprüchen der BürgerInnen gerieten und Haider daher eine Gelegenheit für seine populistische Agitation boten.

Die Gegenstrategie der Sozialdemokratie – "demonize Haider and simultaneously ... outflank him on the right" – habe deshalb nicht funktioniert, weil sie "neglected to address the ... issues of corruption and unearned party patronage". Darüber hinaus habe die Isolation Haider's und der FPÖ den Spielraum politischer Alternativen eingeschränkt und damit die österreichische Politik gelähmt.

Am Ende war es dann W. Schüssel, der die "quarantine hung on Haider's FPÖ" und damit die politische Lähmung in Österreich durchbrochen habe. Mitten zufolge repräsentiere die österreichische neue Regierung zwar "a significant shift to the right of the current European Norm", sie bewege sich aber immer noch "in most respects ... left of the Clinton Administration's policies". Mitten gesteht zu, dass die Bedenken gegen "the new government's scrupulous observance of minority rights and of its commitment to ... recognized conventions of tolerance" berechtigt seien, er vertraut aber auf die starke Opposition und auf die Wachsamkeit des österreichischen Bundespräsidenten..

Bezüglich der "Sanktionen" verweist Mitten auf die "inconsistency of the putatively 'moral' stances" der EU Staaten, und er hebt ihre Kurzsichtigkeit, ihre Unbestimmtheit und ihre potentielle Kontraproduktivität hervor: "there are good reasons to suspect that the EU's decision will not bring Haider to his knees, and might well even strengthen his hand in Austria".

Wie haben sich österreichische Wissenschaftler, die in die USA emigriert sind, in dieser Causa verhalten? Mit G. Bischof lassen sich hier zwei Gruppen unterscheiden: Diejenigen, die Österreich vor dem zweiten Weltkrieg verlassen mussten, haben immer noch starke emotionale Bindungen und vermeiden es daher, Kritik an ihrer früheren Heimat zu äußern. Diejenigen, die nach dem zweiten Weltkrieg in die USA gegangen sind, haben Österreich dagegen vor allem aus Karrieregründen verlassen und kaum noch emotionale Bindungen an ihr bzw. Interesse an ihrem Herkunftsland. Beide haben sich daher in dieser Frage eher still verhalten (Bischof 2002a: 52f.)⁵.

Ungeachtet ihrer unterschiedlichen politischen Einschätzungen haben Gegner und Befürworter der „Sanktionen“ übereinstimmend gegen eine Isolation Österreichs plädiert. In diesem Sinne ist auch die Welt der Wissenschaft bald zu „Business as usual“ zurückgekehrt.

⁵ Bei der Erörterung dieses Themas scheint Bischof eine "österreichische Lobby" zu vermissen, die Österreich-parteiliche Beiträge zur Debatte liefert. Diese Idee erscheint mir freilich eher fragwürdig: WissenschaftlerInnen sollten eher eine Lobby für Wahrheit als „right or wrong - my country“-Patrioten sein.

3.3. Massenmedien und öffentliche Meinung

Birmele (2003) hat sich in einem Artikel mit dem Echo der österreichischen ÖVP-FPÖ-Regierung in der U.S.-Presse beschäftigt. Die ersten Reaktionen gab es ab 30. Jänner 2000, Themen wie die Bildung und den Amtsantritt der Regierung, deren mögliche Effekte auf andere europäische Staaten und die Reaktionen innerhalb der EU betreffend. Die wichtigsten Gegenstände der Berichterstattung:

- Jörg Haider, vor allem seine früheren positiven Aussagen zum Nationalsozialismus;
- Österreichs Vorgeschichte des Antisemitismus und der Partnerschaft mit Nazi-Deutschland;
- Die negative Haltung der FPÖ zur Zuwanderung (Birmele 2003: 480).

Dieser eher "oberflächlichen und sensationslüsternen" ersten Reaktion folgte eine stärker analytische Serie von Artikeln und Kommentaren, mit einer differenzierteren Kritik der FPÖ und ihrer WählerInnen, und mit einer kritischen Hinterfragung der ursprünglichen Reaktionen von Öffentlichkeit und Politik: Haider und seine WählerInnen seien keine Nazis, der Erfolg der FPÖ sei eine Reaktion auf Korruption und Missstände im österreichischen Parteiensystem, die EU sei scheinheilig und huldige einer Doppelmoral, und die „Sanktionen“ könnten sich als kontraproduktiv herausstellen. Andere Themen:

- Bedenken wegen der Verletzung der Souveränität Österreichs;
- "Sanktionen" gegen Österreich für den innenpolitischen Gebrauch;
- Sozialistische Verschwörung gegen eine marktwirtschaftliche Politik;
- Frühere Koalitionspolitik in Österreich.

Auch Reflexionen zur Situation in den USA – die EU soll sich ebenso wenig in Österreich einmischen wie die UN in den USA; die FPÖ unterscheidet sich nicht wesentlich von den RepublikanerInnen in South Carolina; auch in Kalifornien gab es eine Volksabstimmung mit einer Mehrheit gegen Wohlfahrtszahlungen an Eingewanderte - wurden angestellt (Birmele 2003: 481f).

Auch die Aufhebung der "Sanktionen" wurde von den Medien registriert: "Most papers emphasized the counterproductive nature of the sanctions and found that the EU governments followed the path of reason in ending the standoff with Austria" (Birmele 2003: 486).

Nach meinen eigenen Recherchen im elektronischen Archiv der New York Times (Proquest Historical Newspapers 2006) sind Haider, die FPÖ und Österreich auch nach der Aufhebung der bilateralen Maßnahmen Gegenstand der medialen Aufmerksamkeit geblieben: Im März 2001 veröffentlichten die NYT einen Artikel über die Regionalwahlen in Wien mit den Titeln “Haider the Rightist is Firing Up Vienna’s Election with slurs” (12.03.2001) und “Rightists Lose Share of Vote In Vienna” (25.03.2001). Im Herbst 2002 berichteten die NYT über die Krise der FPÖ und der Mitte-Rechts-Koalition sowie über die Nationalratswahlen und deren Ergebnis unter den Schlagzeilen “Austrian Far-Right Leaders Resign, Shaking Up Governing Coalition” (09.09.2002), “Austria Expects Close Elections As Far Right Yields to Centre” (23.11.2002) und “Austrians Re-elect Chancellor: Far Right Party Is Set Back” (25.11.2002).

Nur wenig ist über die Auswirkungen der politischen Ereignisse in Österreich und der medialen Berichterstattung darüber auf die öffentliche Meinung und das Image Österreichs in den USA bekannt. Ich habe keine Daten dazu gefunden, nur zwei indirekte Hinweise:

- Bischof (2002) berichtet, dass das Image Österreichs in den USA nach 1945 hauptsächlich durch Hollywood-Filme wie “Der dritte Mann” und “ Sounds of Music” geprägt wurde, sich aus den “fünf M” - Mountains, Music, Mozart, Maria Theresia and Metternich - zusammensetzt und sehr positiv ist. Das hat sich in den späten 1980er-Jahren nach der “Waldheim Affäre” und deren medialer Ausschlichtung leicht verändert, aber auch nur für eine kurze Zeit. Anfang der 1990er-Jahre hatte es sich wieder verbessert und war sogar positiver denn je.
- Birmele (2003: 486) berichtet in ihrem Artikel, dass “only 7 % of the people polled indicated that they had followed the controversy over the new government in Austria ...’very closely’“.

Die Schlussfolgerung daraus: die Beteiligung der rechtsextremen FPÖ an der Regierung Österreichs dürfte nur vorübergehende und nur geringfügige negative Auswirkungen auf das Image Österreichs in den USA gehabt haben.

4. Die Krise und ihre Überwindung – Zusammenfassung und kritische Bewertung

In diesem letzten Kapitel werde ich den Verlauf der Ereignisse um die Bildung der ÖVP-FPÖ-Regierung in Österreich zusammenfassen und versuchen, sie in Begriffen des drei Arenen- bzw. Bühnen-Modells der politischen Entscheidungsfindung von J. Habermas (1985) zu reinterpretieren und im Rahmen der von Holzer (1994) entlehnten normativen Standards kritisch zu bewerten.

Die Beteiligung der rechtsextremen FPÖ an einer österreichischen Regierung hatte einen signifikanten Effekt auf die „Vorderbühne“ der offiziellen politischen Beziehungen zwischen den USA und Österreich: Wie die anderen 14 Mitgliedsstaaten der EU und Israel haben der Präsident der U.S. sowie die Secretary of the State ihre Besorgnis zum Ausdruck gebracht. Doch während die EU-Staaten als „Sanktion“ die Herunterstufung der bilateralen Beziehungen bekannt gaben und Israel sogar seinen Botschafter aus Wien abberief, reagierte die U.S.-Regierung lediglich mit einer Aufforderung an ihre Botschafterin zur Berichterstattung in Washington und mit der Ankündigung, das Verhalten Österreichs weiter zu beobachten.

Aber die Reaktionen waren nicht nur auf die „Vorderbühne“ der offiziellen Außenpolitik beschränkt, sondern haben auch die „Hinterbühne“ der Politik und die verschiedenen Bühnen parallel zur Politik betroffen: Jüdische Organisationen haben Stellung genommen. Es gab auch Hinweise auf eine vorübergehende Beeinträchtigung von Außenhandel und Tourismus, SchülerInnen- und StudentInnenaustausch. Empfindlicher waren die Reaktionen in den Bereichen Kunst und Wissenschaft: Auftritte und Teilnahmen an Konferenzen und Tagungen wurden abgesagt, öffentliche Kritik an Haider, der FPÖ und ihrer Beteiligung an einer österreichischen Regierung wurde laut. HistorikerInnen und PolitikwissenschaftlerInnen zeichneten aber bald ein differenzierteres Bild von den Verhältnissen in Österreich: Sie nahmen auf den politischen und historischen Kontext in Österreich und Europa Bezug, sie stellten die überhastete Reaktion der EU-Staaten in Frage, sie wiesen auf deren möglicherweise kontraproduktiven Effekte hin, und sie reflektierten zunehmend auf parallele Phänomene in den U.S. selbst.

Auch die Massenmedien griffen das Thema auf, indem sie Österreich auf's Erste quasi als Neonazi-Land verurteilten, in der Folge aber ganz wie die HistorikerInnen und PolitikwissenschaftlerInnen ihre Kritik an FPÖ und Regierung relativierten, indem sie den Vorfall in den breiteren Kontext von Geschichte und Politik Österreichs, Europas und der USA stellten, und zugleich zunehmend sowohl die Legitimität als auch die Wirksamkeit der „Sanktionen“ in Frage stellten. Der Effekt auf die öffentliche Meinung und auf das Image Österreichs blieb dabei freilich marginal.

Die Österreichische Regierung ist nicht zurückgetreten, hat aber mit einem Bekenntnis zu Menschenrechten und Demokratie sowie zu seiner Mitverantwortung für die NS-Vergangenheit, mit einem Programm zur Entschädigung von NS-Opfern und mit einer diplomatischen Offensive der Außenministerin sowie der österreichischen Botschaften und der Kulturforen reagiert. Und diese wohlkalkulierte Politik war erfolgreich: Die EU hat ihre „Sanktionen“ nach sieben Monaten aufgehoben, und auch die USA haben sich entschieden, zum diplomatischen „business as usual“ zurückzukehren, und in Österreich konnte in der Folge von außen unbehelligt die Wende vollzogen werden.

Also „viel Lärm um Nichts“? Ich glaube nicht. Wie ich in Kapitel 2 zu zeigen versucht habe, hat die Regierungsbeteiligung der Freiheitlichen in Österreich tatsächlich einen Schaden an Rechtsstaat, Demokratie und Menschenrechten in Österreich bewirkt, ähnlichen Entwicklungen in Europa den Boden bereitet, und sich negativ auf Erweiterung und Vertiefung der EU ausgewirkt. Nicht Österreich hat sich als treue Hüterin der „Europäischen Werte“ erwiesen, sondern Europa und der an Österreich angelegte Beurteilungsmassstab haben sich verändert. Was ist dann von der Rückkehr der nicht-europäischen Staaten wie der USA zur Normalität zu halten? Einerseits waren sie zu weit weg und zu wenig interessiert an Österreichs Innenpolitik und zu sehr geblendet von den Maßnahmen Österreichs zur Entschädigung der NS-Opfer, um das ganze Ausmaß der politischen Veränderungen in Österreich wahrzunehmen. Andererseits scheinen die USA durch die Einsicht in die Parallelen zwischen der Politik von Haider's Freiheitlichen und einiger RepublikanerInnen in ihren eigenen Reihen wie gelähmt gewesen zu sein. Angesichts dieser Parallelen schreckten sie davor zurück, die Wendepolitik in Österreich zu verurteilen.

Wenn wir den im 1. Kapitel dargelegten ursprünglichen Maßstab zur Anwendung bringen - Selbstbestimmung, Demokratie, Herrschaft des Gesetzes und Menschenwürde - dann scheint die ursprüngliche Empörung über Österreich durchaus angebracht. Natürlich muss man über Mängel der herkömmlichen Parteiendemokratie, über die „Kollateralschäden“ von EU-Integration und Globalisierung und über deren Verhinderung sowie über die Scheinheiligkeit der anderen EU-Staaten reden, und freilich man kann über die Effektivität der „Sanktionen“ streiten. Dabei muss aber außer Zweifel stehen, dass die von Haider und den Freiheitlichen angebotenen „Lösungen“ völlig inakzeptabel sind – vom wem auch immer sie angewandt werden, von Schüssels Koalition, von anderen Europäischen Konservativen oder SozialdemokratInnen oder von den U.S.-RepublikanerInnen. Tatsächlich ist aber die Klarheit verloren gegangen – in Europa und in den USA ebenso wie in Österreich. Der Grund dafür ist dort zu suchen, was Offe und Habermas die Arena oder Bühne des „Kampfes um kulturelle Hegemonie“ bezeichnet haben: die kulturelle Hegemonie und damit die Maßstäbe zur Beurteilung politischen Verhaltens hatten sich mittlerweile weit nach rechts verschoben, und deshalb wurde die politische Situation nicht mehr länger als problematisch definiert.

In den Begriffen der Metapher, die für den Titel dieser Studie verwendet wurde: Österreich, das Land der „Sounds of Music“, hat begonnen, im falscher Tonlage zu spielen. Aber der Notenschlüssel ist im Verlauf der turbulenten politischen Ereignisse verloren gegangen und gleichsam bei laufender Vorstellung unbemerkt durch einen anderen ersetzt worden. So erscheinen richtige Handlungen im Rückblick als Fehler und falsche Handlungen als richtig.

Anhang 1: Leitfaden für die Gespräche mit der Botschafterin und mit den Counsellors for Press, Culture, Business and Science an der österreichischen Botschaft in Washington DC in der Woche von 20. -24.11.2006

Vorbemerkung: Die Bereiche Politik und Gesellschaft hätte ich gerne mit der Frau Botschafterin erörtert, die anderen Bereiche mit den jeweils Ressort-zuständigen Counselors. Für Dokumente und Statistiken, die Ihre Auskünfte belegen oder illustrieren können, wäre ich den GesprächspartnerInnen dankbar.

1. Wie wurde die Bildung der ÖVP-FPÖ Koalition im Jahr 2000 von den amerikanischen Eliten in Politik (Regierung, Parlamentsfraktionen), Gesellschaft (Political Associations, NGO), Wirtschaft, Wissenschaft/Bildung und Kunst aufgenommen?

- Gab es symbolische Reaktionen: Stellungnahmen oder Proteste in der Öffentlichkeit, Anfragen und Proteste bei Botschaft und Konsulaten?
- Wurden effektive Maßnahmen auf der Ebene der bilateralen Beziehungen gesetzt (politische „Sanktionen“, Einschränkung von Geschäftsbeziehungen und Stornos im Reiseverkehr, Absage von Wissenschaftlichen und kulturellen Veranstaltungen bzw. der individuellen Teilnahme daran, Einschränkungen im SchülerInnen- und StudentInnenaustausch)? Wie lange dauerten diese Reaktionen an?
- Welche Maßnahmen oder Ereignisse in Österreich haben zur Normalisierung beigetragen oder diese verzögert? Welche Rolle haben in diesem Zusammenhang demokratiepolitische Aspekte der Regierung, Fremden- und Minderheitenpolitik oder Haider's Initiativen im Zusammenhang mit der Irak-Krise einerseits, die „Charmeoffensive“ von Bundespräsident und Außenministerin sowie die Politik der Entschädigung für NS-ZwangsarbeiterInnen und der Restitution jüdischen Vermögens auf der anderen Seite gespielt? Welche anderen Maßnahmen oder Ereignisse welcher Akteure waren in diesem Zusammenhang besonders bedeutsam
- Welche Rolle haben bei der Normalisierung der Beziehungen internationale Faktoren wie die Aufhebung der EU „Sanktionen“ und die Normalisierung der Beziehungen mit Israel, oder das Bemühen um eine „Allianz gegen den Terror“ gespielt? Gab es andere internationale Faktoren, die für die Normalisierung bedeutsam waren?

2. Hat der Regierungswechsel in den USA von Clinton zu Bush auf die Beurteilung der Regierung in Österreich und auf die bilateralen politischen Beziehungen zwischen USA und Österreich eine signifikante Auswirkung gehabt?

3. Wie wurden die Ergebnisse der Wahlen im Jahr 2002 und die Neuaufgabe der ÖVP-FPÖ Koalition oder die Abwahl der „Wendekoalition“ im Jahr 2006 in den USA aufgenommen. Haben diese in vergleichbarer Weise die Aufmerksamkeit der amerikanischen Eliten erregt? Wie wurden diese Ereignisse aufgenommen und welche Reaktionen haben sie hervorgerufen?

Cambridge, 31.10.2006

Max Preglau

Anhang 2: Leitfaden für die Gespräche am Tourist Office, bei der Trade Commission bei der Business Agency und beim Cultural Forum in New York am 20. und 23. 02. 2007

Vorbemerkung: Für Dokumente und Statistiken, die Ihre Auskünfte belegen oder illustrieren können, wäre ich den Gesprächspartnerinnen dankbar.

1. Wie wurde die Bildung der ÖVP-FPÖ Koalition im Jahr 2000 von den amerikanischen Eliten in Wirtschaft bzw. Kultur aufgenommen?

- Gab es symbolische Reaktionen: Stellungnahmen oder Proteste in der Öffentlichkeit, Anfragen und Proteste bei Botschaft und Konsulaten?
- Wurden effektive Maßnahmen auf der Ebene der bilateralen Beziehungen gesetzt (Einschränkung von Geschäftsbeziehungen und Stornos im Reiseverkehr, Absage von kulturellen Veranstaltungen bzw. der individuellen Teilnahme daran)? Wie lange dauerten diese Reaktionen an?
- Welche Maßnahmen oder Ereignisse in Österreich haben im weiteren Verlauf zur Normalisierung der Beziehungen beigetragen oder diese verzögert? Welche Rolle haben in diesem Zusammenhang demokratiepolitische Aspekte der Regierung, Fremden- und Minderheitenpolitik oder Haider's Initiativen im Zusammenhang mit der Irak-Krise einerseits, die „Charmeoffensive“ von Bundespräsident und Außenministerium sowie die Politik der Entschädigung für NS-ZwangsarbeiterInnen und der Restitution jüdischen Vermögens auf der anderen Seite gespielt? Welche anderen Maßnahmen oder Ereignisse welcher Akteure waren in diesem Zusammenhang besonders bedeutsam
- Welche Rolle haben bei der Normalisierung der Beziehungen internationale Faktoren wie die Aufhebung der „Sanktionen“ der anderen EU-Staaten, die Normalisierung der Beziehungen mit den Regierungen der USA und Israel, oder das Bemühen um eine „Allianz gegen den Terror“ gespielt? Gab es andere internationale Faktoren, die für die Normalisierung bedeutsam waren?

2. Hat der Regierungswechsel in den USA von Clinton zu Bush auf die Beurteilung der Regierung in Österreich und auf die bilateralen politischen Beziehungen zwischen USA und Österreich eine signifikante Auswirkung gehabt?

3. Wie wurden die Ergebnisse der Wahlen im Jahr 2002 und die Neuauflage der ÖVP-FPÖ Koalition oder die Abwahl der „Wendekoalition im Jahr 2006 in den USA aufgenommen. Haben diese in vergleichbarer Weise die Aufmerksamkeit der amerikanischen Eliten erregt? Wie wurden diese Ereignisse aufgenommen und welche Reaktionen haben sie hervorgerufen?

Cambridge, 06. 02. 2006

Max Preglau

Literatur und Quellen:

- Ahtisaari, Martti/ Frowein, Jochen/ Oreja, Marcelino (9.9.2000) Bericht an die Französische EU-Präsidentschaft, angenommen am 8. September 2000 in Paris. <http://www.virtual-institute.de/>
- American Jewish Committee (2000 – present), Press Releases. http://www.ajc.org/site/c.ijITI2PHKoG/b.1531911/k.8E37/Press_Releases/apps/nl/newsletter_2.asp (12.11.2006)
- Anti-Defamation League (2000 – present), Press Center http://www.adl.org/PresRele/breaking_news.asp#Categories (12.11.2006)
- Bailer-Galanda, Brigitte/ Neugebauer, Wolfgang (1997), Haider und die Freiheitlichen in Österreich. Berlin: Elefanten Press
- Birmele, Jutta (2003), The Sanctions against Austria in the U.S. Press, in: Gehler, Michael; Pelinka, Anton; Bischof, Günter (Eds.), Österreich in der Europäischen Union. Bilanz seiner Mitgliedschaft. Vienna: Böhlau (English edition: Austria in the European Union. Review of its Membership, New Brunswick: Transaction Publishers), pp. 479 – 486
- Bischof, Günter (2002a), Verliert Österreich seinen guten Ruf? Österreichs Image in den USA nach der Bildung der neuen ÖVP/ FPÖ-Regierung“, in: Heinrich Neisser/ Sonja Puntscher-Riekman (Eds.), Europäisierung der österreichischen Politik. Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft. Wien: WUV, pp. 37 – 64
- Bischof, Guenter (2003), „Watschenmann der europäischen Erinnerung“? Internationales Image und Vergangenheitspolitik der Schlüssel/ Riess-Passer-ÖVP/ FPÖ-Koalitionsregierung, in: Gehler, Michael; Pelinka, Anton; Bischof, Günter (Eds.), Österreich in der Europäischen Union. Bilanz seiner Mitgliedschaft. Wien: Böhlau (English edition: Austria in the European Union. Review of its Membership, New Brunswick: Transaction Publishers), pp. 445 - 478
- Bogner, Alexander (Ed.) (2002), Das Experteninterview. Opladen: Leske + Budrich
- Bundesministerium fuer Wirtschaft und Arbeit/ Institut für Höhere Studien (BMWA/ IHS), Austrian Foreign Trade Yearbook 2000/ 2001, Wien <http://www.bmwa.gv.at/NR/rdonlyres/695260E4-6FFE-4D4A-BD57-043B71E3BAE4/6604/AWJB0001AbstractEnglisch.pdf> (01/22/2007)
- Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ), Bündnispositionen. http://www.bzoe.at/download/bzoe_positionen.pdf (18.04.05)
- derStandard-online (2000 – 2007), Newsroom – Politik. <http://derstandard.at/>
- FPÖ (02.2000) Das Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs. <http://www.fpoe.at/>
- Habermas, Jürgen (1985), Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien, in: derselbe, Die Neue Unübersichtlichkeit. Kleine politische Schriften V. Frankfurt, 141 - 163
- Habermas, Jürgen (1992), Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Holzer, Willibald I. (1994) Rechtsextremismus. Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze, in: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (Hg.) Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Wien, 12-96.

- House of Representatives (08.02.2000), Expressing the sense of the House of Representatives concerning the participation of the extremist FPÖ in the Government of Austria 106th CONGRESS, 2d Session, H. RES. 417. The Library of Congress Thomas - http://thomas.loc.gov/home/bills_res.html (19.03.2007)
- House of Representatives (01.03.2000), Expressing the sense of the House of Representatives concerning the participation of the extremist FPÖ in the Government of Austria 106th CONGRESS, 2d Session, H. RES. 429. The Library of Congress Thomas - http://thomas.loc.gov/home/bills_res.html (19.03.2007)
- Johnson, Lonnie R. (2000), On the Inside Looking Out: An Essay on Austria's New OEVP-FPÖ Government, Joerg Haider and Europe. CAS Working Paper 00-1, CAS/ UMN. <http://www.cas.umn.edu/pdf/wp001.pdf> (02/01/2007)
- Judt, Tony (2000), Tale from the Vienna Woods, in: The New York Review of Books Vol 47, Num. 5 – March 23, 2000. <http://www.nybooks.com/articles/147> (12/11/2006)
- Markovits, Adrei S. (2000), Kreiskys Kreatur. Wie einst in Alabama - Österreich steht nach den EU Sanktionen unter Beobachtung, in: Frankfurter Rundschau February 2, 2000
- Mayring, Philipp (2000), Qualitative Inhaltsanalyse. Weinheim: Dt. Studien-Verlag
- Mitten, Richard (2000), EU Could Strengthen Haider's Hand in Austria, in: Woodrow Wilson International Center for Scholars, Washington DC, Center News. http://www.wilsoncenter.org/index.cfm?fuseaction=news.item&news_id=3399 (12/11/2006)
- Moser, Peter (2002), On Austria and the EU (Interview: Daniel Pinkerton), in: Austrian Studies Newsletter Winter 2002, Center for Austrian Studies, College of Liberal Arts, University of Minnesota, p. 3 - 4
- New York Times (1851 – 2003), in: Proquest Historical Newspapers (2006), <http://proquest.umi.com.ezp1.harvard.edu/pqdweb?RQT=318&clientId=&VName=HNP&mid=43896>
- ORF ON (17.09.02 – 2007). www.orf.at
- Parlamentarische Anfrage 363/J (XXI. GP), Absagen von Schüleraustausch-Programmen. Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Dieter Antoni, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten betreffend Absagen von Schüleraustausch-Programmen. 363/J (XXI. GP) http://www.parlinkom.gv.at/pls/portal/docs/page/PG/DE/XXI/J/J_00363/daten_000000.doc
- Parlamentarische Anfragebeantwortung 376/AB (XXI. GP), Absagen von Schüleraustausch-Programmen. Anfragebeantwortung durch die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur Elisabeth Gehrler zu der schriftlichen Anfrage (363/J). http://www.parlinkom.gv.at/pls/portal/docs/page/PG/DE/XXI/AB/AB_00376/daten_000000.doc
- Pelinka, Anton/ Plasser, Fritz/ Meixner, Wolfgang (2000) Von der Konsens- zur Konfliktdemokratie?, in: dieselben, (Hg.) (2000) Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Wien: Signum Verlag, 439 - 464
- Preglau, Max (2001), Rechtsextrem oder postmodern? Über Rhetorik, Programmatik, Interaktionsformen und ein Jahr Regierungspolitik der (Haider-)FPÖ, in: SWS-Rundschau 2/2001; p. 193 – 213

- Preglau, Max (2006), Rechtsextrem oder postmodern? Über Rhetorik, Programmatik und Interaktionsformen der FPÖ/ des BZÖ und die Regierungspolitik der Wendekoalition. http://www.uibk.ac.at/soziologie/preglau/pregl_fpoe.pdf
- Scharsach, Hans-Henning/ Kuch, Kurt (2000), Haider. Schatten über Europa. Köln.
- Schüssel, Wolfgang/ Riess-Passer, Susanne (2000), Verantwortung für Österreich – Zukunft im Herzen Europas. Präambel zur Regierungserklärung. <http://www.hofburg.at/de/index.htm> (18.02.02)
- U.S. Department of State (2003), Austria. Country Reports on Human Rights Practices – 2002. Released by the Bureau of Democracy, Human Rights, and Labor. March 31, 2003. <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2002/18352.htm>
- U.S. Department of State (2000a – present), Press Releases. <http://www.state.gov/r/pa/prs/ps/> (02/01/2007)
- U.S. Department of State (2000b – present), Daily Press Briefings. <http://www.state.gov/r/pa/prs/dpb> (02/01/2007)
- U.S. Department of State (2000c – present), Background Note: Austria. <http://www.state.gov/r/pa/ei/bgn/>
- U.S. Department of State, Bureau of Democracy Human Rights and Labor (2000a – present), Country Reports on Human Rights Practices - Austria. <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/>
- U.S. Department of State, Bureau of Democracy Human Rights and Labor (2000b – present), International Religious Freedom Country Reports – Austria. <http://www.state.gov/g/drl/irf/rpt/>
- Wikipedia, Federation of Independents (Verband der Unabhängigen), http://en.wikipedia.org/wiki/Verband_der_Unabh%C3%A4ngigen (01.02.2007)
- Wikipedia, Freedom Party of Austria (Freiheitliche Partei Österreichs) http://en.wikipedia.org/wiki/Austrian_Freedom_Party (01.02.2007)
- Wikipedia, Alliance for the Future of Austria, http://en.wikipedia.org/wiki/Alliance_for_the_Future_of_Austria (08.06.2007)